Erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz).

Verlag der Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich.

Postsendungen franko gegen franko. Gewöhnliche Briefe nach der Schweiz kosten Doppelporto.

# Der Sozialdemokrat

## Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements werden bei allen schweizerischen Postbureaux, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrspreis von:
Fr 2 — für die Schweiz (Kreuzband)
Mk 3 — für Deutschland (Couvert)
fl. 1.70 für Oesterreich (Couvert)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate die dreigespaltene Petitzeile 25 Cts. — 20 Pfg.

№ 30. Donnerstag, 23. Juli 1885.

**Avis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat."**

Da der „Sozialdemokrat" sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr nothwendig und darf keine Vorsichtsmaßregel versäumt werden, die Briefmarder über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterforderniß ist hiezu einerseits, daß unsere Freunde so selten als möglich an den „Sozialdemokrat", resp. dessen Verlag selbst adressiren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; anderseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgetheilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größerer Sicherheit Recommandirung. Soviel an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat" unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

## Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

## Die Offiziösen im Schraubstock.

Unsere Notiz in Nr. 26 über den Stöckerprozeß, und namentlich was wir über Stöcker's Verhältniß zu Hödel und Nobiling gesagt und als Schlußfolgerungen daran geknüpft haben, ist den deutschen Reaktionären so unbequem, weil von so unabweisbarer Logik, daß sie alles Mögliche aufbieten, um durch Verdrehungen und Lügen unseren Ausführungen die Spitze abzubrechen.

Auf der ganzen Linie sind die Reptilien an der Arbeit und versorgen die ihnen zugänglichen Zeitungen mit Artikelchen, durch welche die Urheber des Sozialistengesetzes reingewaschen werden sollen. Ein durch die Regierungspresse laufender Artikel, der sich vor den übrigen durch etwas größere Sachlichkeit auszeichnet, und die Ueberschrift: „Das Sozialistengesetz" führt, lautet wie folgt:

„In der nächsten Reichstagssession wird das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" vom 21. Oktober 1878 abermals Gegenstand der Berathung sein, sei es, daß die Regierung die Verlängerung seiner am 30. September 1886 ablaufenden Gültigkeitsdauer fordern, sei es, daß die sozialdemokratische Fraktion, unterstützt von Deutschfreisinnigen, Volkspartei 2c., seine Aufhebung beantragen wird.

Von jeher behaupteten die Sozialdemokraten, Hödel und Nobiling, deren Attentate die Ursache zum Erlaß des Gesetzes gegeben, seien nicht Angehörige ihrer Partei gewesen, indem sie im Jahr 1878 diese den Nationalliberalen, später den Christlichsozialen an die Rockschöße zu heften suchten. Von Neuem ist diese Frage in den Vordergrund getreten in dem „Prozeß Stöcker". Hier lag dem Gerichte die Beweisaufnahme über die Zugehörigkeit der beiden Attentäter zur christlichsozialen Partei ob.

Die gerichtliche Feststellung, die selbstverständlich auf den beeideten Zeugenaussagen beruht, lautet nun folgendermaßen:

„Was den Hödel anbetrifft, so ist erwiesen, daß er Mitglied der christlichsozialen Partei war, ob durch Einschmuggelung oder nicht — er war Mitglied, führte die Legitimationskarte und ist mit ihr verhaftet worden."

„Anders liegt die Sache bei Nobiling. Ob er je Mitglied der christlichsozialen Partei gewesen oder geworden ist, ist nicht klar. Der Gerichtshof hält die Annahme für gerechtfertigt, daß er niemals Mitglied dieser — christlichsozialen — Partei war."

Dies das Material, auf welches sich die Deduktionen der Sozialistenblätter bei loyalem Vorgehen stützen mußten.

Wie verhalten sich diese aber?

Das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, der Züricher „Sozialdemokrat", schreibt in seiner frivolen Weise:

„Hödel und Nobiling — das ist jetzt durch gerichtliches Urtheil festgestellt — haben, als sie die bekannten „Attentate" verübten, der „christlichsozialen Partei" angehört, also einer „Partei", welche der preußischen Regierung und der Polizei zum Mindesten sehr nahe steht."

Der Artikelschreiber folgert nun daraus, daß jetzt der Sozialistengesetzentwurf dem Reichstag vorgebracht wurde, das Attentat sei „bestellte Arbeit" gewesen, und nimmt ein „Recht" für sich in Anspruch, zu behaupten, daß das Hödel'sche Attentat ein Polizei-Attentat war. Weiter heißt es:

„Das Hödel'sche Attentat reichte nicht aus; es mußte noch ein zweites kommen, um die Nationalliberalen zum „Umfall" zu bringen und das Volk der Philister angstvoll zu machen. Nobiling schoß. Und Nobiling war ebenfalls Mitglied des Stöcker'schen Polizeivereins. In welcher „Atmosphäre" die Attentate des Schandjahres 1878 „gezeitigt" worden sind, das kann für Niemanden mehr ein Geheimniß sein."

Zum Schluß wird verlangt, da jetzt der „juristische Beweis" geliefert sei, daß die Attentate keine sozialdemokratischen gewesen seien, so solle Bismarck die Aufhebung des auf Grund der gegentheiligen Annahme erlassenen Sozialistengesetzes beim Bundesrathe beantragen und in einer außerordentlichen Reichstagssession dekretiren lassen.

Nur beiläufig sei, für weniger mit den Verhältnissen bekannte Leute, bemerkt, daß ein für die Sozialdemokraten u. s. w. unangenehmes Attentat ihnen stets als „Polizeiattentat" gilt.

Noch weiter geht das „Deutsche Wochenblatt" (Nr. 20 vom 21/6. 85), wenn es behauptet, es sei in dem Prozesse durch eidliches Zeugniß konstatirt worden, daß Hödel und Nobiling nicht der sozialdemokratischen, sondern der christlichsozialen Partei angehört hätten.

Was die genannten Sozialistenblätter bezüglich Nobiling's sagen, ist einfach unwahr. Der Gerichtshof hat, wie oben dargethan, die Annahme für gerechtfertigt erachtet, daß Nobiling niemals Mitglied der christlichsozialen Partei war.

In Betreff Hödel's ist es allerdings erwiesen, daß er Mitglied der christlichsozialen Partei war, es ist aber nicht mit einer Silbe davon in der Verhandlung die Rede gewesen, ob Hödel der sozialdemokratischen Partei angehört habe. Das Münchener Blatt nimmt den Mund allerdings viel zu voll, wenn es sagt, Hödel habe nicht der sozialdemokratischen Partei angehört. Hödel ist durch einen auf den 1. Mai datirten Beschluß des Zentralvorstandes aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden; da muß er doch wohl bis dahin Mitglied gewesen sein.

Das „Deutsche Wochenblatt" hat gewiß sagen wollen, Hödel sei zur Zeit des Attentats nicht mehr Mitglied gewesen. Auch das ist falsch. Als Hödel verhaftet wurde, fanden sich bei ihm auch Mitgliedskarten sozialdemokratischer Vereine, außerdem ist seine Ausstoßung aus der Partei erst am 11. Mai 1878, wenige Stunden nach dem Attentat, beschlossen worden; daß man das Dekret um 2 Tage zurückdatirte, ist, wie wir nachweisen können, nur ein frommer Betrug, berechnet auf das leichtgläubige Publikum.

Es scheint uns nach Alledem doch recht zweifelhaft, ob wirklich der „juristische Beweis" erbracht sei, daß die Attentate keine sozialdemokratischen gewesen seien. Die von den sozialistischen Blättern an den „Prozeß Stöcker" geknüpften Folgerungen sind, was Nobiling anbelangt, an sich hinfällig, in Betreff Hödel's werden sie es dadurch, daß seine Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie zur Zeit des Attentates durch Zeugen festgestellt werden kann.

Welchen Eindruck die im „Sozialdemokrat" angeführten Gründe der Sozialisten für Aufhebung des Gesetzes im Reichstage machen werden, läßt sich bei der Parteizusammensetzung schwer voraussagen, die Regierung wird sich durch dieselben schwerlich imponiren lassen."

Dies der Reptilartikel.

Zunächst sei in Bezug auf Nobiling zugegeben, daß allerdings dessen formelle Zugehörigkeit zur Stöcker'schen Polizeipartei juristisch nicht festgestellt worden ist. Zeuge Grüneberg konnte hier nicht den Beweis so schlagend führen wie im Falle Hödel's. Dagegen ist die Thatsache, daß Nobiling weder zur Zeit seiner That noch jemals vorher der sozialdemokratischen Partei angehört oder ihr auch nur nahe gestanden hat, durch massenhaftes und unwiderlegliches Beweismaterial festgestellt.

Es ist bewiesen, daß Nobiling, solange er in Dresden war, der nationalliberalen Partei, also einer ebenso gouvernementalen Partei, als es die Stöcker'sche ist, angehört hat.

Und es ist durch den bekannten, von Liebknecht im Reichstag verlesenen Brief des Arztes Lewin, welcher Nobiling im Gefängniß behandelte, authentisch und über jeden Zweifel festgestellt, daß sich Nobiling auch nach seinem Attentat in einem nationalliberalen Ideenkreis bewegte und im Glauben an den liberal-fortschrittlichen Mythus vom „liberalen Kronprinzen" sich einbildete, durch Tödtung des absolutistisch gesinnten Kaisers würde dessen liberaler Sohn an das Ruder gebracht, und damit der Sache des Liberalismus ein Dienst geleistet.

An der Echtheit des Nobiling'schen Attentates ist niemals gezweifelt worden. Nobiling hat auf den Kaiser geschossen, scharf geschossen, und hat ihn getroffen. Sein Attentat ist aber für die Erkenntniß der Politik und Absichten der Regierung, insbesondere Bismarck's, ohne jegliche Bedeutung, weil diese Politik und diese Absichten gelegentlich des Hödel-Attentates bereits sonnenklar zu Tage getreten waren.

„Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokraten" lautete die famose Depesche Bismarck's an das Staatsministerium, unmittelbar nachdem er die Nachricht von dem sogenannten Attentat des Stöckerianers Hödel erhalten hatte.

Des Stöckerianers Hödel. Daß Hödel christlichsozial war, daß er Mitglied des Stöcker'schen Vereins war — das ist aktenmäßig festgestellt. Da beißt keine Maus einen Faden ab, und wenn alle deutschen Reptilien sammt ihrem Chef sich auf den Kopf stellen.

Und wie gesagt, für die Erkenntniß der Absichten und der Politik des Junkers Bismarck ist das Nobiling'sche Attentat ganz irrevelant. Zwei Stunden, nachdem Hödel geknallt — wir sagen ausdrücklich nicht: geschossen, denn daß er geschossen, ist nicht bewiesen und höchst unwahrscheinlich — war diese Erkenntniß bereits in vollstem Maße gewonnen.

Und der Urheber des sogenannten Attentats, welches die Attentatspläne des Junkers Bismarck enthüllte, war der **Stöckerianer** Hödel.

Um diese Thatsachen kommen die Reptilien und kommt ihr Chef, Junker Bismarck, nicht herum — sie mögen sich wenden und drehen, wie sie wollen.

Und sie begreifen auch die für sie und das Sozialistengesetz vernichtende Tragweite dieser Thatsache, die in dem Fieberwahnsinn des Schandjahres 1878 dem deutschen Volke nicht zum Bewußtsein kommen konnte, die — Dank dem Sozialistengesetz — fünf Jahre lang mit einem Schleier bedeckt ward, und die erst jetzt, durch den Prozeß Stöcker, dem größeren Publikum zur Kenntniß gebracht worden ist.

Die Reptilien, die sich auf's Fälschen nicht minder gut verstehen wie auf's Lügen, suchen in ihrer Noth die fatale Thatsache zu fälschen.

„Hödel war zwar Mitglied der Partei Stöcker, und sein Name findet sich in ihrer Mitgliederliste — aber er war nur zum Scheine Mitglied; im Herzen war er noch Sozialdemokrat, er gehörte sogar noch zur Zeit des Attentates der Sozialdemokratie an, die ihn erst nach dem Attentat aus der Partei ausschloß" — so lügen und fälschen die Reptilien.

Nützt ihnen nichts!

Daß Hödel dem Stöcker'schen Verein angehörte, ist aktenmäßig und durch gerichtliches Urtheil festgestellt.

Daß Hödel vor dem Attentat kurze Zeit im Leipziger Arbeiterbildungsverein gewesen war und das sozialdemokratische Leipziger Lokalblatt „Fackel" als Kolporteur mitvertrieben hatte, ist niemals geleugnet worden. Aber der Leipziger Arbeiterbildungsverein stand jedem Arbeiter ohne Unterschied seiner Parteistellung offen, und die Expedition der „Fackel" fragte ihre Kolporteure nicht nach ihrem politischen Glaubensbekenntniß. Dagegen ist aktenmäßig festgestellt, daß lange vor dem „Attentat" Hödel wegen Betrügereien die Kolportage der „Fackel" entzogen worden war, daß die Expedition der „Fackel" öffentlich vor ihm gewarnt, und daß auch die Leipziger Parteimitgliedschaft schon vor dem „Attentate" öffentlich vor ihm gewarnt hatte.

Weiter ist festgestellt, daß Hödel schon Wochen vor seiner Abreise nach Berlin als Agent der „Christlich-Sozialen" aus einer Arbeiterversammlung in Stötteritz bei Leipzig hinausgewiesen und nur durch die Intervention Liebknecht's vor einer durch ihn provozirten Züchtigung bewahrt worden war.

Die Ausflucht, Hödel's Ausstoßung aus der Partei sei erst nach dem Knallversuch desselben beschlossen, aber mit Rücksicht auf das leichtgläubige Publikum zurückdatirt worden, macht der Unverschämtheit des biederen Reptils alle Ehre, leider aber nicht seiner Geschicklichkeit. Auf diesen „frommen Betrug" fällt selbst der Leichtgläubigste nicht hinein. Die Thatsachen liegen zu klar zu Tage. Die Ausstoßung Hödel's ist publizirt in der Nummer der „Fackel" vom 12. Mai, die am 11. Mai — und zwar, wie in der „Fackel" ausdrücklich hervorgehoben ist, 6 Stunden vor dem Attentat — gedruckt wurde. Das „Attentat" erfolgt am 11. Mai — nein Reptil, hier heißt es entweder ordentlich oder gar nicht. Wenn schon geschwindelt werden muß, dann hättest Du gleich sagen sollen, die Unterschlagungen Hödel's, seine Angriffe im „Leipziger Tageblatt", seine Ausstoßung 2c. seien abgekartetes Spiel gewesen. Da läge wenigstens Logik drin, geglaubt hätte es freilich auch Niemand.

Genug — die beiden Attentäter des Jahres 1878 gehörten Regierungsparteien an; und Hödel, aus dessen „Attentat" Junker Bismarck die Nothwendigkeit des Sozialistengesetzes herleitete, war zur Zeit der That Mitglied des der Bismarck'schen Polizei sehr nahe stehenden Stöcker'schen Vereins.

Ohne Hödel kein Nobiling.

Ohne Hödel kein Sozialistengesetz!

Und ohne Attentatsschwindel und Sozialistengesetz konnte Junker Bismarck nicht weiterregieren.

Fassen wir zusammen:

Junker Bismarck brauchte das Sozialistengesetz.

Um das Sozialistengesetz zu ermöglichen und das deutsche Volk in das nöthige Angstfieber zu werfen, bedurfte man eines Attentates, oder mehrerer Attentate, die natürlich gut „fruktifizirt" werden mußten.

Die nöthigen Attentate wurden geliefert und gehörig „fruktifizirt."

Das Sozialistengesetz wurde damit begründet, daß die beiden Attentäter Sozialdemokraten und ihre Attentate sozialdemokratischen Ursprungs seien.

Es ist aber aktenmäßig, durch gerichtliches Urtheil festgestellt, daß das für die Politik und die Absichten des Junkers Bismarck entscheidende Attentat von einem Mitgliede der „christlichsozialen" Partei, d. h. einer Polizeipartei, verübt wurde, während das zweite notorisch von einem Mitglied einer gouvernementalen Partei herrührte.

Für Jeden, der überhaupt denken kann, folgert hieraus, daß das Sozialistengesetz auf Grund falscher und gefälschter Thatsachen geschmiedet worden ist.

Und weiter folgert hieraus, daß, wenn die Urheber des Sozialistengesetzes bei Erlaß desselben in gutem Glauben gehandelt, d. h. wirklich gedacht haben, Hödel und Nobiling seien Sozialdemokraten, sie jetzt, so wahr sie ehrliche Leute sind, das Sozialistengesetz aufzuheben haben.

Aus dem Schraubstock dieser Thatsachen und dieser Argumentation lassen wir die Urheber des Sozialistengesetzes nicht heraus.

Und wir werden unseren Vortheil zu benützen wissen.

Deß dürfen sie versichert sein!

## Der Adel in Mecklenburg und die Bauern.

Vorwort.

Ein Gegner der Sozialdemokratie machte mir gegenüber die Bemerkung, wir führten stets England und Frankreich ins Gefecht, wir möchten doch deutsche Verhältnisse in den Bereich unserer Betrachtungen ziehen. Das veranlaßt mich, einen Mecklenburger von Geburt und Kenner der dortigen Verhältnisse, einmal einen Versuch in dieser Richtung zu wagen, und zwar mit Benutzung von M. Wiggers: „Der Vernichtungskampf wider die Bauern."

Mecklenburg, ungefähr so groß wie das Königreich Sachsen, aber fast fünfmal schwächer bevölkert, ist so recht das Land der Freiheit und Unabhängigkeit — des Adels, das Ideal der Krautjunker aller Länder. Die eigenartige Volksvertretung (Landtag) machte es möglich oder ist ein Beweis dafür, daß der Adel eine Macht gewinnen konnte wie sonst nirgends.

Auf Veranlassung mecklenburgischer Junker traten bald nach den sogen. Freiheitskriegen „Adelsvereine“ ins Leben, deren Statuten nach Wiggers folgende Paragraphen hatten:

§ 1 befürwortet das Recht der Erstgeburt; für die nachgebornen Söhne geistliche Würden.

§ 2. Forderung ritterlicher Eigenschaften u. s. w.

§ 3. Wiederbelebung der patriarchalischen Verhältnisse zwischen Grundadel und Bauern. Heranbildung einer ergebenen Generation von Landleuten mittelst verpflichtender Begünstigungen.

§ 4. Gewöhnung des Volkes an das bestimmte Hervortreten des Adels an die Spitze der Nation. Burgartige Wohnungen. Wohlthätigkeit, aber nicht vom Einzelnen, sondern vom Verein (als Maßregel der Klugheit, namentlich in Bezug auf den gefahrdrohenden Stand der Proletarier, heißt es in den Motiven.)

§ 5. Verbesserung der materiellen Verhältnisse des Adels, event. auch Verbindung mit wohlhabenden Bürgerstöchtern!

U. s. w. u. s. w.

Daß die vom Adel so sehr empfohlene Prügelstrafe auch in den Städten ihre Anhänger gefunden, geht aus der Thatsache hervor, daß sie im vorigen Jahre (1884) in Stavenhagen, einer kleinen Stadt, wieder eingeführt wurde — im Armenhause.

Liebknecht schildert in seiner „Grund- und Bodenfrage“ den Raub des englischen Adels; der mecklenburgische steht demselben in keiner Beziehung nach, wie seine Geschichte beweist.

***

## I.

Mecklenburg war ursprünglich von Wenden bewohnt, und zwar bis in die zweite Hälfte des 12. Jahrhunderts, wo dieselben von deutschen Ansiedlern theilweise verjagt, theilweise zu Gefangenen, zu Sklaven, gemacht wurden. Die Neuansiedelung geschah unter verschiedenen Normen, doch scheint es, als ob das Feudalsystem vorherrschend gewesen ist. Der Edelmann wurde vom Fürsten, der Bauer vom Edelmann „belehnt“. Wie historisch nachgewiesen, war das Gehöft des Bauern, verkauf- und verschuldbar, ein erbliches Lehen. Daneben gab es aber auch freie Bauern; ja wir wissen, daß einige Gemeinden ein eigenes Siegel führten, sowie eine eigene Gemeindeverfassung mit Gerichtsbarkeit besaßen.

Die Gehöfte der Ritter waren klein; dieselben ließen sie von den wendischen Sklaven bearbeiten, sie selbst vergnügten sich mit Fehden und — Wegelagerei, und erhoben vom Bauern eine geringe Abgabe.

Damals waren sie eben noch relativ bescheiden. Allmälig steigerten sie jedoch ihre Ansprüche. Dies äußerte sich zunächst in vermehrter Räuberei. Nicht nur daß die Ritter Kaufmannszüge angriffen, nein, sogar stark befestigte Städte hatten von ihnen zu leiden.

1392 begab sich der mecklenburgische und märkische Adel zur See, sie wurden „Vitalienbrüder“. Die Chronik hat uns eine ganze Reihe von adligen Namen aufbewahrt, deren Träger sich bei diesen Raubzügen betheiligten. Wir treffen da z. B. die Namen Manteuffel, Moltke, Kardorff u. s. w., ein Beweis, daß der Apfel nicht weit vom Stamme fällt. Die Heldenthaten ihrer Ahnen begeistern noch heute die mecklenburgischen Adligen, wenigstens vor einigen Jahren rief ein Mitglied des Landtags, mit der Faust auf den Tisch schlagend, aus: „Wir sind stolz darauf, daß unsere Vorfahren das Faustrecht geübt haben.“

Die oben erwähnten freien Bauern waren, wenn sie nicht stark genug waren, dem wegelagernden Adel einen kräftigen Widerstand zu leisten, gezwungen, sich unter den Schutz eines Ritters zu stellen. Zu ihrem Verderben, denn der Ritter gab sie nicht wieder frei, als die Wegelagerei durch kräftiges Eingreifen der Städte beseitigt war.

Als der Adelssippe in der Wegelagerei ein „standesgemäßer“ Erwerb genommen war, versanken die Herren in Schulden. Namentlich waren die sehr reichen Klöster ihre Gläubiger. Deshalb begrüßten sie die Reformationsbewegung mit Freuden; sie bot ihnen Gelegenheit, sich ihrer Schulden ohne Zahlung zu entledigen.

Damals wie heute bestand der Landtag aus sämmtlichen Rittergutsbesitzern (Ritterschaft) und den Bürgermeistern der Städte (Landschaft), die letzteren jederzeit willige Kreaturen der ersteren. So schreibt mein Gewährsmann, Moritz Wiggers*):

„Mit kühnem Griff eignete der Adel sich die Klöster als sein ausschließliches Eigenthum an. Eine Familienkaste, welche sich der „eingeborne“ Adel nennt, hat noch jetzt den alleinigen Genuß der Klostergüter mit einem Areal von 8 Quadratmeilen und einem Werthe von ebensoviel Millionen; nur ein kleiner Brosam ist der, aus den Bürgermeistern der Städte bestehenden Landschaft zugeworfen, um ihren Einspruch gegen die widerrechtlichen Anmaßungen des Adels zu beseitigen. Fast 400 reiche und arme adlige Fräulein ziehen aus jenen Gütern eine jährliche Summe von 120,000 Mark, außerdem verschaffen dieselben verschiedenen adligen Rittern und deren Günstlingen reich dotirte Stellen. Mit dem Gelde des Bürger- und Bauernstandes sind die Klöster gekauft“ u. s. w.

Soweit Wiggers.

Ich brauche wohl nicht erst zu sagen, daß der Adel steuerfrei war, und daß Fürst und Adel Hand in Hand gingen. 1572 hatte der Fürst 400,000 Gulden Schulden; der Adel bewilligte ihm mit großer Koulanz eine hohe Steuer, dagegen drückten Durchlaucht beim Raub der Klostergüter beide Augen zu.

Doch zurück zu den Bauern. Mit der nach Aufhören der Wegelagerei eintretenden Sicherheit der Zustände wuchs die Wohlhabenheit des Bauern. Der Ritter gerieth in Schulden. Da wurde das römische Recht eingeführt. Einige im Solde des Adels stehende Rechtslehrer traten auf, erst schüchtern, allmälig dreister und erklärten: der Bauer habe eigentlich gar kein Eigenthumsrecht auf die Hufe. Nachdem so gewissenlose Rechtsverdreher den Boden geebnet hatten, begann der Junker seine Bauern zu „legen“, d. h. er nahm ihnen einfach das Ihrige. Jetzt suchten und fanden die Bauern ihr Recht bei den Gerichten. Doch nicht umsonst hatte der Adel „die Klinke der Gesetzgebung“ in der Hand. Der Landtag erließ ein Gesetz, wonach derjenige Bauer, der nicht urkundlich sein Eigenthumsrecht nachzuweisen im Stande, vertrieben werden könne.

Schriftliche Kontrakte existirten aber nirgends. Der Bauer war dem Junker auf Gnade und Ungnade überwiesen. Der Fürst drückte wiederum zwei Augen zu, denn er bekam eine Million Steuern bewilligt zur Deckung seiner Schulden.

Der Adel begann nun die Bauern zu „legen“. Der Bauer wurde nicht etwa vertrieben, der Ritter „nahm sich seiner an“ und machte ihn zum — Leibeigenen. Nach dem dreißigjährigen Krieg nahm auch der Fürst einige herrenlos gewordene Dorfschaften in seinen Privatbesitz.

1654 wurde das Entlaufen der Leibeigenen bei sehr harter Strafe verboten. Die Deserteure werden in der Verordnung mit „meineidige Buben“ bezeichnet. Der Gutsherr bekam vollständige Polizeigerechtigkeit vom Landtage bewilligt, er durfte nach Belieben prügeln oder in den Block legen. Im Jahre 1628 gab es nach Wiggers in Meklenburg

14,300 Bauerngüter,
heute nur noch 1,200 „

Also 13,100 Bauerngüter hat der Adel gestohlen, nicht mit einem Male, nein, das „Legen“ währte bis in das 19. Jahrhundert hinein!

Ungefähr 1730 kam ein Herzog ans Ruder, der, entweder aus Mitleid mit den Bauern oder aus Furcht vor der überhandnehmenden Macht des Adels, dem „Legen“ der Bauerngüter Einhalt zu gebieten versuchte. Herzog Karl Leopold wollte jedenfalls wirklich die Bauern beschützen, aber der Adel intriguirte in Wien, und die kaiserlichen Exekutionstruppen zwangen den Herzog, den Kampf aufzugeben. Eine Anhänglichkeit an das „angestammte“ Fürstenhaus gab und gibt es noch heute nur dann beim Adel, wenn dasselbe seine Sonderinteressen vertritt.

*) „Der Vernichtungskampf wider die Bauern.“

# Aus Brasilien.

(Ein Kapitel für Auswanderungslustige.)

Der „Sozialdemokrat“ hat schon öfter Gelegenheit gehabt, über die sozialen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten, dem Norden und Zentrum von Amerika, zu berichten; weniger über den Süden. Und doch lohnt es sich gewiß der Mühe, auch einmal über hiesige Zustände zu schreiben. Kommen doch aus Deutschland jährlich Hunderte und Tausende nach hier, dem großen Kaiserreich Brasilien, in der Hoffnung, durch die Auswanderung ihre materielle Lage zu verbessern! Denn da es drüben durch die Tagespresse sattsam bekannt ist, daß die Geschäftsverhältnisse Nordamerikas sehr faul sind, so kommen Viele nach hier, weil sie glauben: Bis nach Brasilien ist es sehr weit, nach dort gehen nicht so Viele wie nach den Vereinigten Staaten, und die Industrie ist da nicht in dem Maße entwickelt als in Europa und Nordamerika. Das ist richtig und auch nicht richtig! Allerdings steht hier die Industrie noch in den Kinderschuhen, und die Handarbeit hat vor dem Maschinenbetrieb den Vorrang; da jedoch Brasilien durch die Dampferverbindungen Europa sehr nahe gerückt ist, und die große Masse der Bevölkerung drüben, bei den niedrigen Löhnen, in ihrem Bedarf auf das Nothwendigste beschränkt, nur den kleinsten Theil von dem konsumirt, was sie produzirt, so sucht der Fabrikant und Kaufmann sich durch den Export zu helfen. Und da ist denn Brasilien ein Land, mit dem „noch ein Geschäft zu machen“ ist.

Speziell der deutsche Import hat sich seit mehreren Jahren sehr gehoben, und zwar ist dies hauptsächlich der großen Billigkeit der deutschen Fabrikate zuzuschreiben. Alles nur Denkbare wird importirt: Werkzeuge und Waffen, Maschinen und Eisenwaaren, alle Erzeugnisse der Textil- und Papierbranche, Möbel, Kleidungsstücke, Schuhwerk und die verschiedenartigsten Lebensmittel, z. B. bairisch Bier, Sauerkraut, Kartoffeln, nebst dem dazu gehörigen — Häring! Trotz des sehr hohen Eingangszolles, den die Regierung auf alle Waare legt, der Transport- und sonstigen Unkosten kann die hiesige Industrie nicht mit der ausländischen konkurriren, und wird durch letztere fast erdrückt. Die jetzige große Geschäftslosigkeit wird noch erhöht durch die traurige Finanzlage des Landes. Hat doch der Kaiser erst jüngst, bei der Eröffnung der Deputirtenkammer, in der Thronrede, wenn auch verblümt, erklärt: daß der Staat am Bankrott steht.

Nun zur Auswanderung selbst.

Das beste Geschäft bei derselben machen die Agenten und Dampfergesellschaften. Die Verpflegung nach hier im Zwischendeck ist so schlecht, als sie nur sein kann, sie hat viel Aehnlichkeit mit einem Viehtransport, und ich könnte darüber ein besonderes Kapitel schreiben, wenn es nicht der Raum des Blattes verböte.

Die meisten Deutschen werden nach der Kolonie Donna Francisca transportirt, um Land zu bauen, und davon ist nun vorzüglich dem deutschen Industriearbeiter abzurathen. Man glaube ja nicht den schönen Vorspiegelungen der Agenten über das „Wunderland“; Wunder hat es nie gegeben, und auch hier geht Alles sehr natürlich zu. Hier Land zu bebauen, dazu taugen höchstens die pommerschen Bauern oder die Polaken, Leute, die mit ihren „heimatlichen Ochsen“ groß geworden sind und die der Strom der Zeit nur einmal im Leben an der Stirnlocke erfaßte: als sie ihre Heimat verließen, um auszuwandern.

Menschen, die gar keine geistigen Bedürfnisse kennen, das sind die besten Ansiedler. Wenn sie Glück haben, d. h. wenn ungünstige Witterungsverhältnisse und das Ungeziefer ihre Felder verschonen, können sie es nach vielen Jahren langer, schwerer Arbeit zu einem kleinen eigenen Anwesen bringen.

Die hiesige Regierung befördert jahraus jahrein eine Menge deutscher Handwerker dorthin. Da die Kolonie aber sehr damit überfüllt ist, müssen dieselben zufrieden sein, wenn sie mit Erdarbeiten 2c. beschäftigt werden. Die meisten, wenn sie noch etwas Geld haben, sind dann froh, wenn sie nur wieder fort können; und das ist nicht so leicht. Das Reisen hier zu Lande ist sehr kostspielig und mit Schwierigkeiten verbunden, von denen man drüben gar keine Ahnung hat. Brasilien, 14—15 Mal so groß als das deutsche Reich, hat nur **eine** gute, fahrbare Landstraße, die von Joinville nach Sao Bento führt. Eisenbahnen gibt es nur wenige, für die Größe des Landes unbedeutende Strecken. Will man nach einer andern Provinz, dann muß man mit dem Küstendampfer fahren, und nach dem Innern auf dem Esel reiten. Ebenso werden die Effekten befördert.

Der in den Küstenstädten, speziell hier in Rio bleibende Deutsche hat es gewöhnlich nicht viel besser. Die meisten Schwierigkeiten bereitet ihm zuerst die Unkenntniß der portugiesischen Sprache. Auf seine Landsleute kann er sich hier nicht verlassen; es gibt auch hier viel weniger Deutsche als in Nordamerika.

Es sind hier in den Küstenstädten portugiesische Arbeitgeber, die solche neue Ankömmlinge gern annehmen, da es hier wohlbekannt, daß die Deutschen tüchtige Arbeiter sind. Da steht denn so ein armer Allemão (spr. Allemong, Deutscher) am Kratzbock, natürlich für den niedrigsten Lohn, von früh 6 bis 10 Uhr. Dann ist ½ oder 1 Stunde Frühstück. Dann geht es bis 5 oder 6 Uhr Abends, wo dann Mittag oder Abendbrod gegessen wird. Diese Lebensweise, nur zwei Mal essen und nur eine Pause während der langen Arbeitszeit, kommt den Meisten sehr schwer an, zumal in den heißen Monaten November bis März, wo das Thermometer bis 45° Reaumür steigt, bis die Temperatur durch ein Gewitter grell abgekühlt wird. Da ist es in den, dem Kleinbetrieb entsprechenden kleinen Arbeitsräumen oft unerträglich. Der Ankömmling bekommt dann gewöhnlich fürchterliche Diarrhöe, den rothen Hund, eine juckende Hautkrankheit, und hat mit jahrelang anhaltender großer körperlicher Mattigkeit zu kämpfen, die ihm das Arbeiten sehr erschwert. Wie überall im heißen Klima, so sind auch hier die Deutschen meist leber- oder magenkrank; von den Fiebern gar nicht zu sprechen.

Eine geregelte Arbeitszeit gibts hier nicht, und kann man z. B. Sonn- und Feiertag so gut wie jeden andern Tag den Maurer auf dem Gerüst oder den Arbeiter an der Maschine arbeiten sehen. Der Ausbeutung ist hierin der weiteste Spielraum gelassen, da von einer gewerkschaftlichen Organisation, Fachverein oder dergleichen nicht eine Spur vorhanden ist.

Ebenso traurig steht es mit dem Kranken- resp. Unterstützungswesen. Die Regierung thut hierzu gar nichts, und die wenigen Privatkassen leisten nicht viel. Verunglückt ein Arbeiter, dann ist es immer „seine Schuld“; den Prinzipal verklagen wäre lächerlich. Erstens können hier nur vermögende Leute prozessiren. Gewerbegerichte und Haftpflichtgesetze sind unbekannt, und Ausländer bekommen einem Brasilianer gegenüber fast niemals Recht, auch wenn sie lange im Lande und der Sprache mächtig sind. Die Arbeitslöhne werden meistens monatlich gezahlt, wie alle Zahlungen hier, in Papier oder Kupfer; Silber ist selten. Gold sieht man nur im Schaufenster der Geldwechsler. Oft genug wird der Arbeiter betrogen, ohne daß er etwas dagegen thun kann. Die Werkzeuge muß sich der Arbeiter selbst halten. Der Verdienst beträgt pro Tag für Handwerker: Tischler, Schlosser, Sattler 2c. 4—8 Mark, besonders tüchtige in einigen Branchen, z. B. Goldarbeiter, Uhrmacher 2c. 10—12 Mark. Das erscheint viel, ist aber für hiesige Preisverhältnisse nicht mehr, als drüben gezahlt wird.

Die Wohnungsmiethe frißt fast den ganzen Verdienst. Es kostet: Ein kleines leeres Zimmer für einen ledigen Mann 16—30 Mark; Bett, Möbel 2c. muß sich jeder selbst halten. Ein Logis für eine Familie von 3—4 Personen 40—90 Mark monatlich prämmerando. Nun zum Lebensunterhalt: Fleisch ist billig. Schwein-, Hammel-, Kalbfleisch das Kilo 1,40—2 M., Rindfleisch 0,80—1 M., Brod, nur Weißbrod, von der Größe eines Dreipfennigbrodes 8 Pf., Butter, nur sogenannte Kunstbutter, pr. Kilo 3,60—5 M., Kartoffeln pr. Kilo 40—45 Pf. Bier kostet die Flasche, deutsches 2 M., hiesiges 40—80 Pf. Doch ist letzteres viel schlechter, da die Brauer, bei dem hohen Eingangszoll auf Malz statt dessen Zucker nehmen. Wein taugt nicht viel, meistens importirt. Ein Frühstück oder Mittagbrod kostet je 1 M. Billiger kann man höchstens in den schmutzigen Negerkneipen essen. Wäsche braucht man sehr viel, weil man immer in weißer Wäsche gehen muß. Das Waschen ist billig, z. B. ein Oberhemd 40—60 Pf. Ein Anzug, angemessen, aber nicht fein, 150 M. u. s. w. Die hier angegebenen Preise sind durchschnittlich genommen für hier. Im Innern des Landes sind sie niedriger, aber dann auch die Löhne entsprechend.

Ob verheirathet oder ledig, ist in Bezug auf den Lebensunterhalt ziemlich einerlei. Die Brasilianer ziehen es vor, meistens in sogenannter wilder Ehe zu leben; die Zivilehe besteht hier nicht, obwohl schon oft Anläufe dazu gemacht sind. Die Verkuppelung durch den Pfaffen, deren es hier eine Menge gibt, ist mit viel Schreiberei und Geldkosten verknüpft, daher werden zwei Drittel aller Kinder unehelich geboren.

Der Eingewanderte, will er bleiben, muß sich an das hiesige Leben gewöhnen, und muß sich manches Angenehme, manches Vergnügen entgehen lassen, was ihm drüben neuen Lebensmuth verlieh. Das Leben ist für Deutsche, besonders ledige, hier sehr eintönig. Wenn man es richtig überlegt, ist oft die Auswanderung blos eine schlechte Veränderung. Der Arbeiter oder auch Handlungskommis verläßt drüben den Kratzbock, um hier nach Strapazen und unter vielfach ungünstigeren Verhältnissen an einen anderen zu treten, an dem er sich noch weniger helfen kann. Das ist die erhoffte Verbesserung. Wer drüben sein Brot hat und nicht hinausgetrieben wird, soll lieber da bleiben, wo er wenigstens weiß, was er hat, und unermüdlich arbeiten dafür, daß baldigst solche Zustände eingeführt werden, wie sie die Sozialdemokratie erstrebt. Zustände, die zuerst in den Kulturländern der alten Welt eingeführt, auch für hier eine bessere Zukunft voraussetzen. Dadurch kann seine oder seiner Kinder Lage gebessert werden, nicht aber durch die Auswanderung. Brasilien ist ein schönes und reiches Land, und auf den ungeheuren Strecken unbewohnten Landes können noch viele Millionen Menschen leben. Doch müßte sich erst ein riesiger Umschwung vollziehen. Damit hat es aber noch gute Weile. Das Klima bliebe aber dann noch zu überwinden. Also nicht auswandern!

Möchten doch die deutschen Arbeiter, speziell meine lieben Parteigenossen, diese Mahnung beherzigen!

Mit sozialdemokratischem Gruß!

Rio de Janeiro. E. Weiland.

# Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 22. Juli 1885.

— Der Chemnitzer Monstreprozeß gegen die auf die Rückkunft von dem Kopenhagener Kongreß Anfangs April 1882 verhafteten Delegirten ist in ein neues Stadium getreten. Das Landgericht Chemnitz hat den von dem Mitangeklagten Viereck für die Voruntersuchung beantragten Zeugenbeweis abgelehnt, die Voruntersuchung geschlossen, die Anklage endgültig erhoben und das Hauptverfahren veröffentlicht. Man ist also entschlossen, die Sache zu beschleunigen.

Wofür wir bisher nur einen Indizienbeweis hatten, ist jetzt durch eine Mittheilung aus absolut authentischer Quelle zur positiven Gewißheit erhoben: der Prozeß ist von Berlin aus in Szene gesetzt worden; die sächsische Regierung, von jeher zu jeglicher Handlangerarbeit bereit, hat sich zu dem schmutzigen Dienst hergegeben, und das Chemnitzer Landgericht zur Verfügung gestellt, von welchem man hofft, daß es dem zu Berlin und Dresden in seine — Gesinnungstüchtigkeit gesetzten Vertrauen werde Ehre machen.

Die Prozeßverhandlung wird nach den Gerichtsferien, die Mitte September endigen, wahrscheinlich im Laufe des Oktober beginnen und längere Zeit in Anspruch nehmen, da das für die Voruntersuchung abgelehnte sehr umfängliche Beweisverfahren nun beim Haupttermin stattfinden muß. Dieses Beweisverfahren zielt dahin, durch das Zeugniß bekannter Leiter und Agitatoren anderer Parteien den Beweis zu liefern, daß die Form und Art der Agitation und politischen Thätigkeit — von der Verschiedenheit des Ziels abgesehen — bei den übrigen Parteien wesentlich die gleiche ist wie bei den Sozialdemokraten und daß alle diejenigen Akte und Handlungen, in welchen die Anklage einen Verstoß gegen die famosen §§ 128 und 129 des Reichsstrafgesetzbuches (von geheimen Vereinen mit geheimen Oberen handelnd, und von Vereinen, die gesetzliche Maßregeln durch ungesetzliche Mittel entkräften wollen) erblickt, von allen übrigen Parteien, notorisch: der Fortschrittspartei, Volkspartei, konservativen Partei und dem Zentrum, ebenso begangen werden wie von der sozialdemokratischen Partei — und zwar aus dem einfachen Grunde, weil ohne diese Akte und Handlungen eine politische Thätigkeit überhaupt nicht denkbar ist.

Diese Thatsache ist so selbstverständlich, und obendrein so bekannt, daß der Chemnitzer Prozeß sich uns sofort als ein Tendenzprozeß in des Wortes schlimmster Bedeutung kennzeichnet. Nicht die Akte und Handlungen, aus denen unsere politische Thätigkeit sich zusammensetzt, und die nicht unter das Sozialistengesetz fallen, sind Gegenstand der Anklage, sondern die „Tendenz“ unserer Partei. Nur, weil diese Tendenz den heutigen Gewalthabern unbequem ist, haben sie ihre Kreaturen beauftragt, Akte und Handlungen, die durchaus nichts Ungesetzliches an und in sich haben, auf die Anklagebank zu bringen. Es sind also alle Kriterien des Tendenzprozesses vorhanden.

Die Angeklagten werden natürlich nicht versäumen, dies in das möglichst helle Licht zu stellen, und eine Rollenvertauschung zu bewerkstelligen, dergestalt: daß die Ankläger vor dem Forum der öffentlichen Meinung auf die Anklagebank gesetzt werden.

— Deutschland, die fromme Kinderstube. In Hagen in Westfalen sind vor einigen Tagen die fünf Vorstandsmitglieder des „Liberalen (fortschrittlichen) Vereins“ zu Voerde, und der Redakteur der „Hagener Zeitung“ wegen Bismarck-Beleidigung von der Hagener Strafkammer, die Ersteren zu je 500 Mark Geldstrafe, der Letztere zu 300 Mark Geldstrafe verurtheilt worden. Dieser Prozeß ist wirklich im höchsten Grade charakteristisch für die Versumpfung des öffentlichen Lebens in Deutschland. Man höre nur:

Am 2., 13. und 14. März hält der Reichskanzler im Reichstag Reden, in welchen er auf die Mythologie zurückgreift und sich — es sei nur die Quintessenz des Ganzen angeführt — folgendermaßen ausdrückt: Der deutsche Völkerfrühling, der Gott Baldur, der Inbegriff des Guten war in Deutschland hereingebrochen, nachdem wir ihn uns auf blutigen Schlachtfeldern erkämpft hatten; leider findet aber auch bei uns der böse Loki (d. i. der Inbegriff des Bösen) immer seinen Hödur (das Sinnbild der Finsterniß und der verstandeslosen blinden Gewalt), der Baldur tödtet. „Mit dem täppischen blöden Hödur meine ich die fortschrittliche Wählerschaft und speziell die des Kreises Hagen; denn die Wähler, die Sie (indem sich der Reichskanzler an den Abgeordneten Richter wandte) wählten, mußten wahrlich nicht was sie thaten.“ — Durch diese Worte fühlten sich die Mitglieder des fortschrittlichen Vereins zu Voerde beleidigt und faßten in einer Generalversammlung einstimmig die folgende Resolution:

„Der „Liberale Verein“ erblickt in den beleidigenden und schimpfenden Aeußerungen des Reichskanzlers — insbesondere in der Anwendung des Ausdrucks „täppischer Hödur“ — in seiner Rede vom 14. März auf die fortschrittlichen Wähler den Ausdruck einer ebenso unberechtigten Kritik als bedauerlichen Anmaßung und legt gegen derartige Insinuationen für seinen Theil entschiedene Verwahrung ein.“

Diese, gegenüber den Worten des Reichskanzlers geradezu lahme Resolution wurde brieflich an den Reichskanzler gesandt und außerdem in der „Hagener Zeitung“ veröffentlicht; es folgte prompt der vom Reichskanzler gestellte Strafantrag, und der Staatsanwalt — Scheibler ist der Name dieses edlen Strebers — beantragt gegen jedes der fünf Vorstandsmitglieder sechs Monate, und gegen den Redakteur drei Monate Gefängniß! Und es fanden sich Richter, welche in der That in einer so überaus zahmen Zurückweisung einer unverschämten Beleidigung eine strafbare Handlung erblicken! In diesem Urtheil, in der Möglichkeit dieses Prozesses, in der Thatsache, daß er nicht einen Sturm der Entrüstung erregt, zeigt sich die Gesunkenheit, der Niederträchtigkeit des deutschen Bürgerthums. In keinem andern Lande wäre so etwas heute möglich.

Das erste Erforderniß eines gesunden öffentlichen Lebens ist das Recht der freien Kritik, Preß- und Redefreiheit. Dafür ist aber dem deutschen Bürgerthum alles Verständniß abhanden gekommen. Feiges Ducken nach oben ist die Parole. Als Prinz Friedrich Karl gestorben war — der Mann, dessen stallmäßige Rohheit allgemein bekannt, von dem jedes Kind weiß, daß er seine Frau prügelte wie seine Hunde, sie an den Haaren durch die Zimmer zu schleifen pflegte, wenn sie sich seinen Wünschen nicht willenlos fügte — da war ein „liberales“ Berliner Blatt, das Mosse'sche „Tageblatt“, elend genug, von dem gesegneten Familienleben des Prinzen zu schreiben. Schmach und Schande über jämmerliche Lakaienseelen!

Man kann dem deutschen Volke nicht oft genug das Beispiel vorhalten, wie in andern Ländern die Presse von ihrem Recht und ihrer Pflicht Gebrauch zu machen weiß. In England hat die „Pall Mall Gazette“ bei ihren neulichen Enthüllungen über den schändlichen Mädchenhandel sich nicht gescheut, die vornehmen Kunden der betreffenden Unterhändler so deutlich zu bezeichnen, daß Jeder sie sofort herauskannte. Der Prinz von Wales ist in der Presse ohne Scheu als Stammgast der sauberen Frau Jeffreys bezeichnet worden. Und nachdem sich herausgestellt, daß

Leopold II., der König von Belgien, zu den Abnehmern der „Waare" der „energischen Frau" gehört, geniren sich die radikalen Blätter Belgiens durchaus nicht, ihren Landesvater als das zu bezeichnen, was er ist.

„Der König", schreibt die „Voix de l'Ouvrier", „wird sich von dem Vorwurf der Mitschuld zu reinigen haben, wo nicht, mag er das Beispiel Louis Philipp's befolgen und anderwärts verfaulen."

Und der „National belge", das Organ der belgischen Republikaner, widmet dem „allerhöchsten" Herrn verschiedene Leitartikel, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. „Saligaud II.", auf Deutsch: „Schmutzkerl der Zweite", ist einer dieser Artikel überschrieben, und in demselben heißt es:

„Der Vater (Leopolds II.) respektirte wenigstens noch die Kinder. Wenn er den Purpurmantel in die Schlafzimmer von Courtisanen und in den Dreck des Stalles schleppte, so konnte man ihm wenigstens nicht vorwerfen, Kinder, die er im Ausland gekauft, beschmutzt zu haben. Und er hatte wenigstens den Muth seiner Verkommenheit. Er genirte sich nicht, und wenn er sich als verkommen zeigte, so zeigte er sich wenigstens nicht als Tartüffe.

„Mit dem Sohn ist es anders. Er ist fromm, nimmt das Abendmahl, beichtet, und versäumt keine Gelegenheit, sich als Zivilistirer und Evangelistirer zu zeigen. Er ist das Muster eines Familienvaters — wenn man seinen Lobhudlern Glauben schenken dürfte.

„Aber es gibt eine Kehrseite. Dieser eifrige Puritaner, dieser Mann der keuschen Sitten legt, sobald er allein ist, mit seiner Generalsuniform auch den Tugendfirniß ab.... Nachdem er Morgens die Hostie gefrühstückt, genießt er Abends ein halbreifes Kind, das man ihm aus London geschickt."

Ein deutsches Blatt — wir glauben, es war die „Frankfurter Zeitung" — bezeichnete die Artikel des „National" als „nicht wiederzugeben." In der That, wie könnte ein biederes deutsches Blatt es wagen, einen Hallunken Hallunken zu nennen, wenn der Hallunke ein gekrönter Hallunke ist!

Wir wollen uns nicht einmal zum Echo der Anklagen des „National" machen, da sie auf Gerüchten beruhen. Aber wir wiederholen, Preßfreiheit, die nicht mißbraucht werden kann, ist keine Preßfreiheit. In Belgien denkt kein Mensch an die Verfolgung des „National", was würde im ähnlichen Falle in Deutschland geschehen?

Dafür können wir uns mit Heine trösten:

Deutschland, die fromme Kinderstube,
Ist keine römische Mördergrube!

— „Und alle haben Betten!" Diese Worte, mit dem Tone des höchsten Erstaunens ausgerufen von einem Regierungspräsidenten (vergleiche „Rundschau" in voriger Nummer), ist mehr wie irgend etwas Anderes bezeichnend für die Lage des ländlichen Proletariats in Ostpreußen. Daß die Landsklaven nicht auf harter Erde, sondern in Betten — welcher Art, davon schweigt die Geschichte — schliefen, schien dem höchsten Beamten der Provinz schon als der Gipfel des Wohlstandes. Das war vor 40 Jahren, wird Mancher sagen. Gewiß, wir schreiben jetzt nicht 1840, sondern 1885. Wer aber aus dem Zeitunterschied schließen sollte, daß heute die Verhältnisse der Landarbeiter in Ostpreußen bessere seien als damals, den mag folgender, uns im Original vorliegender Brief eines siebenzigjährigen Taglöhners auf der königlichen Domäne Sodargen (Kreis Stallupönen, Regierungsbezirk Gumbinnen) an seinen, in Elberfeld beschäftigten Sohn eines Andern belehren:

„Sodargen, 28. Juni 1885.

Lieber Sohn!

Ich ergreife die Feder, an Dich zu schreiben, und Dich zu benachrichtigen, wie es mir geht. Ich bin bei den kleinen Kälbern, da muß ich des Morgens um 3 Uhr aufstehen; dabei muß ich den ganzen Tag so arbeiten, daß mir der Rücken nicht trocken wird. Des Abends um 10 Uhr komme ich zu Bette, dann bin ich so müde, daß ich des Nachts nicht schlafen kann. Mein Lohn beträgt **täglich zehn Pfennige** und das Essen bekomme ich auch da. Schlafen thue ich bei dem Stellmacher in der Kammer, für die 10 Pfennige muß ich mich waschen und bekleiden.

Lieber Sohn, Du kannst Dir denken, wie es mir in meinen alten Jahren geht, ich bin doch da alt und grau geworden,*) und von der Mutter weiß ich nichts, denn die soll so schlecht und krank sein; ich kann sie nicht einmal auf ihrem Sterbebett besuchen, denn ich habe gehört, daß sie so schwer krank ist, sie ist in Pillupönen. Weiter weiß ich nichts zu schreiben; es grüßt Dich Dein Vater.

Bitte um baldige Antwort. Für die Mutter habe ich gar nichts bekommen, denn der Menz (das der Name des Pächters. Die Red.) sagt, er braucht die alten Weiber nicht zu ernähren."

Dieser Brief spricht ganze Bände. Er lehrt uns, warum die Herren Junker das Krankenversicherungsgesetz nicht auf die Landbevölkerung ausgedehnt wissen wollen; was es mit der Redensart der offiziellen „Sozialreformer", auf dem Lande werde für den Arbeiter ohnehin gesorgt, auf sich hat. Die Herren fürchten, daß die unterrussischen Zustände auf ihren Gütern zur Sprache kommen würden, wenn das Gesetz zur Berathung käme; die tugendhaften Feinde des Manchesterthums scheuen bei sich zu Hause die Staatseinmischung fast noch mehr, als der Fabrikant das Fabrikgesetz und der Kaufmann die Waarenkontrole. Und die heutigen Staatslenker haben für dieses Schamgefühl das rührendste Verständniß. Die Herrschaften sind eben meist selbst Grundbesitzer oder hoffen es zu werden, und im Uebrigen ist Sodargen königliche Domäne!

Auch ein Beitrag zum vielberühmten Staatssozialismus.

— Wenn Du gelogen hast, und man glaubt Dir nicht, so lüge wieder, und lüge so lange, bis die Leute sich an die Lüge gewöhnt haben, und sie glauben, — das ist das bekannte Rezept der methodischen Lügner und wird von unseren deutschen Preßreptilien, trotz zahlreicher Mißerfolge, mit unverdrossenem Eifer befolgt. Wie unsere Leser sich erinnern werden, beeilten die deutschen Preßreptilien sich nach Schluß der Reichstagssession, welche den Humbug und die Unehrlichkeit der Bismarck'schen „Sozialreform" in so eklatanter Weise an den Tag gebracht, „aus bester Quelle", d. h. auf amtliche Mittheilungen hin zu versichern, die Regierung arbeite aus Leibeskräften an der „Sozialreform", und dem Reichstag werde in seiner nächsten Session der Entwurf des lang verheißenen Altersversorgungsgesetzes vorgelegt und damit „das Gebäude der Sozialreform" gekrönt werden.

Nun brauchen wir hier nicht das hundertmal Gesagte zu wiederholen — nämlich daß die Altersversorgung ebenso wie die Kranken- und Unfallversicherung mit der Sozialreform — das Wort in seinem richtigen, allein richtigen Sinne genommen — nicht das Mindeste zu thun hat, sondern sich ausschließlich auf dem Gebiet des Armenwesens bewegt.

Wir haben es mit der einfachen Thatsache der Behauptung zu thun; und als die Preßreptilien unmittelbar nach Schluß der letzten Session diese Nachricht verbreiteten, erklärten wir sofort: sie lügen!

Und gelogen haben sie. Als sie ihre Lüge in die Welt setzten, dachte die Reichsregierung, dachte speziell Bismarck mit keinem Gedanken an die Altersversorgung, und auch nicht die ersten Vorarbeiten hatten begonnen.

Aber an einmaligem Lügen hatten die Preßreptilien nicht genug. Es mußte weiter gelogen werden. So warteten sie denn „aus praktischen Gründen" 7 bis 8 Wochen, während deren sie damit beschäftigt waren, andere Lügen zu erfinden und in Kurs zu bringen, und heute trompeten sie wieder lustig ins Land hinaus: „Es wird in den einschlägigen Ressorts fleißig an den Unterlagen für das Altersversorgungsgesetz gearbeitet, und der betreffende Gesetzesentwurf wird dem Reichstag gleich nach dessen Zusammentritt zur nächsten Session vorgelegt werden.

Zum zweitenmal behauptet — zum zweitenmal gelogen. In den einschlägigen Ressorts wird an den Unterlagen zum Altersversorgungsgesetz nicht gearbeitet, und wenn es der Reichsregierung aus diesem oder jenem demagogischen Grunde einfallen sollte, in der nächsten Reichstagssession den Entwurf eines Altersversorgungsgesetzes vorzulegen — woran jedoch einstweilen gar nicht zu denken ist —, so würde der Entwurf ganz unreif und unbrauchbar sein, weil die nothwendigen Vorarbeiten sehr umfangreicher Art sind und jetzt überhaupt nicht mehr so weit gefördert werden können, um die Fertigstellung eines richtig ausgearbeiteten Entwurfs vor Beginn der nächsten Session zu ermöglichen.

Kurz, die Reptilien haben zum zweitenmal unverschämt gelogen — was sie natürlich nicht hindern wird, in einigen Wochen dieselbe Lüge wieder aufzutischen.

*) Der Arbeiter ist schon über 33 Jahre auf dem Gute!

— „Auf friedlichem Wege" betitelt sich eine Schrift, die Herr Michael Flürscheim, Mitbesitzer des Eisenwerkes Gaggenau, vor zwei Jahren publizirte, und in welcher der volksparteiliche Fabrikant der staunenden Welt als Neuigkeit mittheilte, daß die soziale Frage dadurch „auf friedlichem Wege" „gelöst" werden könne, daß man durch Verstaatlichung des Grund und Bodens der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln nehme. Nach dem Muster Henry George's und seiner Vorgänger gab Herr Flürscheim die Bodenrente preis, um den Kapitalprofit zu retten.

Das ist Herr Flürscheim, der Theoretiker. Der Praktiker Flürscheim scheint ein noch erprobteres Mittel der „friedlichen Lösung" zu praktiziren: die Hungerkur, das Hinauswerfen der „unzufriedenen Elemente" auf die Landstraße.

Herr Flürscheim ist „Demokrat", und sein Kompagnon Bergmann ist Nationalliberaler — Beiden sind die Sozialisten in ihrer Fabrik ein Dorn im Auge. Daher hinaus mit ihnen!

„Die Maßregelungen unserer Genossen im Eisenwerk Gaggenau," schreibt man uns aus Rastatt, „fordern immer neue Opfer. Nachdem erst kürzlich drei Sozialisten aus gedachter Fabrik hinaus chikanirt worden, sind in neuerer Zeit wiederum zwei Arbeiter aus keinem andern Grunde mit der Entlassung bedacht worden als wegen ihrer sozialistischen Gesinnung. Dem Einen gestanden die Herren ausdrücklich zu, daß in geschäftlicher Beziehung absolut kein Grund zur Klage gegen ihn vorliege. Freilich hatte er das Staatsverbrechen begangen, als Vertreter der nichtbürgerlichen Gemeindesteuerzahler in die Gemeindeverwaltung gewählt zu werden, während der offizielle Kandidat der Eisenwerke durchfiel. Die Kündigung folgte der Wahl auf dem Fuße, wurde aber zwei Tage nach der Wahl zurückgenommen, angeblich mit Rücksicht auf die Familie des Gemaßregelten, thatsächlich aus Furcht vor der unausbleiblichen Riesenblamage. Aufgeschoben ist ja nicht aufgehoben. Der zweite Gemaßregelte, Genosse Lutz, ist bereits von hier abgereist; sein glücklicher Kollege kann so lange bleiben, bis sich ein passender Grund gefunden, ihn „auf friedlichem Wege" loszuwerden. Wir aber werden bewundernd an dem Beispiel des famosen Verehrers von Henry George zu lernen suchen, wie man „humanitäre Demokratie" betreibt.

O Ihr tugendhaften Philanthropen, Ihr hochherzigen Demokraten! Auf „friedlichem Wege" predigt Ihr Sozialreform, und durch Eure Thaten tragt Ihr Haß und Verachtung in die Reihen der Genarrten, treibt Ihr sie wider Willen in die Armee der gefürchteten Revolution! Das ist Euer einziges Verdienst. Es soll Euch unvergessen bleiben!"

— Herr von Puttkamer, der jetzt in der Welt herumreist, war neulich auch in Kiel und konnte die Gelegenheit nicht unbenutzt lassen, den Polizisten, welche seinerseits die Verhaftung der vom Kopenhagener Kongreß zurückkehrenden sozialdemokratischen Abgeordneten bewerkstelligt hatten, seine besondere Anerkennung auszusprechen. Nach der bekannten vom Reichstag fast einstimmig angenommenen Resolution war diese Verhaftung ein ungesetzlicher Akt und eine flagrante Verletzung der Reichsverfassung. Herr von Puttkamer, preußischer und Reichs-Minister des Innern, oberster Wächter des Gesetzes, erblickt also in einem ungesetzlichen Akt und einer Verletzung der Reichsverfassung eine verdienstliche und lobenswerthe Handlung. Wir wundern uns nicht darüber; wir entrüsten uns nicht darüber, werden's uns aber merken und seinerzeit die Nutzanwendung machen.

— Ermordet — mit hoher obrigkeitlicher Zustimmung. Der große Maurerstreik in Berlin hat bereits ein Menschenleben gefordert, und ein zweites schwebt zur Zeit in der höchsten Gefahr. Beide Opfer sind auf Seiten der Streikenden zu suchen. Die Hetzerei der Regierungspresse, voran der „Norddeutschen Allgemeinen", gegen die im Ausstand befindlichen Arbeiter hat ihre Früchte getragen: die gegen das Interesse ihrer Brüder fortarbeitenden Maurer spielen, statt sich ihres Verraths zu schämen, die Uebermuthigen, da sie wissen, daß sie nicht nur unter polizeilicher Obhut stehen, sondern auch in ihrem Thun und Treiben von oben beschützt werden. Nur so sind die Brutalitäten zu erklären, die sich in der vergangenen Woche in Berlin abgespielt und, wie gesagt, bis zu Mord und Todtschlag geführt haben.

Das erste Opfer ist der Maurer Heinrich Fassel, Mitglied der Streikkommission, der wegen seines überaus ruhigen Charakters allgemein beliebt war. Fassel war am 15. Juli, als er erfahren, daß auf einem Bau in der Pallisadenstraße die Arbeit wieder aufgenommen worden, dorthin gegangen und hatte den betreffenden Arbeitern in durchaus sachlicher Weise Vorstellungen wegen ihres unkollegialischen Verhaltens gemacht. Die Schutzkinder der Polizei aber ließen sich auf nichts ein, sondern bedrohten Fassel in unzweideutigster Weise, verfolgten ihn, als er sich entfernte, mit Schimpfworten, und schließlich versetzte einer derselben, der Maurer Pöst, dem unglücklichen Fassel vor einem Budiker-Keller einen so gewaltigen Stoß, daß Fassel kopfüber hinunterstürzte und sich derart verletzte, daß er binnen wenigen Stunden eine Leiche war.

Und die Polizei? Sie sistirte einige ganz unbetheiligte Kollegen des Ermordeten, während sie den Mörder laufen ließ; ihre Organe aber, voran die christlich-konservative Presse, suchten den Vorfall zunächst so darzustellen, als habe ein Streiker einen „braven, ruhig von der Arbeit heimkehrenden Arbeiter" erschlagen, und als sich das Gegentheil herausstellte, wurde der Mantel „christlicher Liebe" über die Mordthat gedeckt.

Unter solchen Umständen mußte den Nichtstreikern natürlich der Kamm schwellen, und so besann sich zwei Tage später, als auf einem Bau in der Neuen Roßstraße 16 ein Wortwechsel zwischen Streikenden und Nichtstreikern sich entspann, einer der Letzteren keinen Augenblick, sondern schlug mit einem eisernen Spaten mit voller Wucht auf seinen Widersacher ein, so daß derselbe mit einer klaffenden Wunde am Kopf sofort ohnmächtig zusammenbrach und in die königliche Charité geschafft werden mußte, wo sein Zustand als sehr bedenklich bezeichnet wird. Von einer Verhaftung des betreffenden Todtschlägers ist in den uns zugegangenen Blättern bis jetzt noch nichts zu lesen.

Wie dem aber auch sei, auf jeden Fall sind die Polizei und ihre Organe mindestens für den zweiten Todtschlag verantwortlich. Ist es schon total ungesetzlich, daß die Polizei sich beim Streik von Anfang an auf Seiten der Meister und ihrer Subjekte stellte, so spricht die Handlungsweise derselben in der Angelegenheit des ermordeten Arbeiters Fassel allen Begriffen von Recht und Gerechtigkeit Hohn. Es ist die reine Herausforderung zur Gewalt. Man vergegenwärtige sich nur, welcher Lärm angestimmt worden wäre, zu welchen Maßregeln man sofort geschritten hätte, wenn ein streikender Arbeiter einen Verräther an der gemeinsamen Sache erschlagen hätte. Zum Mindesten hätte man das ganze Streikkomite verhaftet. Dadurch, daß die Polizei kaum die Hand rührte, um die an Fassel verübte Gewaltthat zu sühnen, hat sie die Schuld an dem zweiten Morde verübt, sie und ihre Organe sind es, die dem zweiten Mörder die Hand geführt.

Im Vollbewußtsein ihres guten Gewissens hat die Polizei die korporative Betheiligung an der Beerdigung Fassels auf Grund des Sozialistengesetzes verboten.

— Wen man heutzutage begnadigt. Dem Hallunken Henry Prerreau, genannt Tourville, der im Jahre 1877 seine Frau, um ihr Vermögen zu erben, von einem Abhang des Stilfser Jochs herabgestürzt hat, und der deshalb zu achtzehn Jahren Kerkers verurtheilt worden war, ist von Franz Josef, dem Habsburger, jetzt der Rest der Strafe, mehr als die Hälfte (!!) in Gnaden erlassen worden.

Prerreau gehört eben zu den großen Schurken!

— Schon wieder ein „amerikanisches Duell". In Berlin erschoß sich am 4. Juli der 24jährige Herr von Prittwitz und Gaffron, Sekondelieutenant bei den schlesischen Leibkürassieren. Sofort fanden sich diensteifrige Federn, welche das Märchen von einem amerikanischen Duell auftischten. In Wirklichkeit ist die Ursache des Selbstmordes eine echt deutsche, eine preußisch-deutsche! Der besagte junge Mann hat allerdings an den Oberstlieutenant von Tresky einen Brief gerichtet des Inhalts, daß er es nicht mit seiner Ehre vereinbar halte, noch länger unter den Lebenden zu weilen; das Warum ist aber in nichts Geringerem zu suchen als in einer ihm von einem Hohenzollernsprößling in der Besoffenheit verabfolgte Ohrfeige. Ein preußischer Offizier darf keine Ohrfeige auf sich sitzen lassen, er darf sich aber ebenso wenig an einem königlichen Prinzen vergreifen, und aus diesem Dilemma wußte der in allen Vorurtheilen seines Standes erzogene Mensch keinen andern Ausweg, als sich zu erschießen.

Kann man sich etwas — Preußischeres denken?

— Ein Genosse schreibt uns:

„Die Zerfahrenheit im Lager der französischen Sozialisten wird in der letzten uns zugekommenen Nummer des „Sozialist" (Newyork) an der Hand eines „von einem eingefleischten Bourgeois" herrührenden Berichtes besprochen. Die Redaktion sagt dazu:

„Wir sehen aus diesem Bericht, daß es hauptsächlich die Frage ist, wie man sich mit dem Parlamentiren verhalten soll, was die französischen Arbeiter spaltet. Die „Arbeiterpartei" namentlich gründet ihre Taktik auf „parlamentarische Betheiligung", sieht sich aber oft durch die Beschlüsse der Bourgeois im Parlament oder Munizipalrath zurückgestoßen. Die „Anarchisten" wollen absolut von keinem Parlament und keiner Wahl etwas wissen. Die „Marxisten" stehen dazwischen, sie gebrauchen die Wahlen als Agitationsmittel und das Parlament als Tribüne, fallen aber aus der Rolle, wenn sie sich viel um die Gesetzmacherei kümmern oder gar Dampfer subventioniren wollen, oder mit den Feinden kompromisseln, des nationalen Schiffbaus wegen."

Es ist uns nicht bekannt, daß die Marxisten" — wie sie sich übrigens nicht nennen — in Frankreich sich jemals zu derartigen Praktiken verstiegen hätten, schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil sie gar keine Gelegenheit dazu hatten.

Insoweit etwa die betreffenden Worte ein Seitenhieb auf die deutsche sozialdemokratische Reichstagsfraktion sein sollen, sei blos kurz bemerkt, daß das Ziehen der richtigen Grenzlinie auf dem Gebiete des Parlamentarismus, vorderhand eine ungelöste Frage, außerordentlich schwierig ist, und daß z. B. dieselben Genossen, welche einem Theil der deutschen Fraktion einen Vorwurf daraus machten, daß sie sich der Dampfersubention gegenüber nicht ganz ablehnend verhielten, es seinerzeit durchaus natürlich fanden, daß die Fraktion für Gotthardbahn-Subvention eintrat, die auch vor Allem der Bourgeoisie zu Gute kommt. Ein Unterschied ist ja selbstverständlich vorhanden, aber kein prinzipieller. So leicht es ist, sich theoretisch über die Taktik zu einigen, so schwer ist es, in den einzelnen praktischen Fragen zu einheiliger Auffassung zu gelangen. Wo hört der erlaubte Parlamentarismus auf? Das ist eine Frage, die stets nur ad hoc, von Fall zu Fall, entschieden werden kann. Wer das nicht zugeben will, muß auf den Parlamentarismus überhaupt verzichten — wodurch die Sache ja sehr vereinfacht wird. Ob aber zum Vortheil der Partei — das ist eine andere Frage.

Als Beispiel, wie unmöglich es ist, eine feste Grenzlinie zu ziehen, wollen wir noch erwähnen, daß eine auswärtige Mitgliedschaft, welche die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion vielleicht am heftigsten angegriffen hat, es der Fraktion zum Vorwurf macht, daß sie keinen Antrag auf Abschaffung des Sozialistengesetzes eingebracht hat. Nun ist es gerade ein dahingehender Antrag, der seinerzeit von der Fraktion als eine zu große Konzession an den Parlamentarismus bei Seite gelegt ward. Man sieht, wie verschieden die Auffassungen sind: was dem Einen „radikal" erscheint, erscheint dem Anderen „zu parlamentarisch" — und umgekehrt.

Die Redaktion des „Sozialist" fährt fort:

„Die Lehre von der Klassenherrschaft ist das einzige Mittel, die Arbeiterklasse in eine besondere, geschlossene politische Partei zu konzentriren. Fühlen wir uns als eine besondere Klasse, — wozu die Wirklichkeit uns nolens volens macht, ob wir's fühlen oder nicht — dann werden wir auch die Geduld haben, mit unserem Reformdrang zurückzuhalten, bis das Klassenbewußtsein in einer hinlänglichen Zahl erstarkt ist, um mit revolutionärer Gewalt nicht die kleinen Kinkerlitzchen, sondern die große Klassenreform (soll wohl heißen Sozialreform, denn die Klassen wollen wir nicht reformiren, sondern abschaffen. Red. des „Sozialdemokrat") durchzusetzen. Das vorherige Parlamentiren, das Schwatzen um Kleinigkeiten, das freundliche Entgegenkommen gegenüber dem Feind, der sanguinische Glauben an die Möglichkeit einer Vereinbarung mit der feindlichen Klasse stört und trübt das Klassenbewußtsein unserer eigenen Leute. Darin hat der Anarchismus Recht. Bedauerlich ist nur, daß er den guten Sinn seines Rechtes durch maßlose Uebertreibung in Unsinn verwandelt."

Hier ist ein Irrthum. Nicht der Anarchismus behauptet das; er verwirft jede parlamentarische Thätigkeit. Behauptet wird das von der sozialdemokratischen Partei, die stets und zu allen Zeiten, und zwar ausnahmslos, „das freundliche Entgegenkommen gegenüber dem Feind" verurtheilt und den „sanguinische" Glauben an die Möglichkeit einer Vereinbarung mit der feindlichen Klassen als eine kindische Illusion hingestellt hat. Der Aehnliches ausdrückende Beschluß des Kopenhagener Kongresses wurde einstimmig gefaßt.

Die Redaktion des „Sozialist" hat sich offenbar durch gewisse, in der Hitze des Gefechtes fallen gelassene Aeußerungen zu der Annahme verleiten lassen, innerhalb der Sozialdemokratie Deutschlands oder auch nur innerhalb der deutschen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion herrsche Neigung zu einem Kompromiß auf dem Gebiete der Sozialreform.

Wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir sagen, daß in der deutschen Sozialdemokratie nicht Einer sich befindet, der einen solchen Kompromiß für möglich hält. Daß hie und da sympathische Worte bezüglich einiger Regierungsmaßregeln oder Regierungsversprechungen gefallen sind, ändert an dieser Thatsache nichts. Es waren das Eingebungen des Moments, Redewendungen — wie am besten daraus erhellt, daß sie zum Theil von Genossen ausgingen, welche zu den leidenschaftlichsten Feinden des herrschenden Systems gehören.

Doch lassen wir das. Und fügen wir zum Schluß noch hinzu:

Die Zerfahrenheit der französischen Sozialdemokratie, mit welcher der „Sozialist" sich in dem von uns theilweise zitirten Artikel beschäftigt, hat ihren Grund wesentlich in der Neigung, für Alles absolute Grundsätze aufzustellen, oder richtiger, praktische Fragen, in denen Verschiedenheit der Auffassung natürlich und unvermeidlich ist, zu Prinzipienfragen aufzubauschen, für welche es nur eine Entscheidung gibt, wenn nicht der Boden der Partei verlassen werden soll. Die Folge eines derartigen Verfahrens ist, daß, weil Jeder über das absolut Richtige in praktischen Dingen anderer Meinung ist, Jeder den Anderen für einen schlechten Parteigenossen oder gar Verräther hält. So kann keine Einheit und keine Organisation erzielt werden.

Die deutsche Sozialdemokratie hat erkannt, daß Einheitlichkeit der Auffassung nur möglich ist in Bezug auf die allgemeinen Prinzipien, daß aber in Bezug auf einzelne praktische Fragen dem freien Ermessen Spielraum gelassen werden müsse — wir meinen selbstverständlich solche praktische Fragen, welche nicht das Parteiinteresse unmittelbar berühren und bei denen es nur eine Auffassung geben kann.

Wir haben ein festes Programm. Wer auf dem Boden desselben steht, gehört zur Partei. Wer nicht, nicht. Findet es sich, daß das Programm erweitert oder verengert werden muß — je nachdem — nun, so wird das geschehen. Unsere Taktik wird jedoch immer dieselbe bleiben, falls wir nicht „zerfahren" wollen: „Einheit in den Prinzipien, Disziplin im Handeln, Freiheit im Denken und Trennung praktischer Fragen von Prinzipienfragen.

Durch diese Taktik sind wir groß und stark geworden. Durch sie ist das demagogische Hervordrängen ehrgeiziger Streber, worunter die französische Sozialdemokratie so schwer zu leiden gehabt hat, verhindert worden. Und der gesunde Sinn der Genossen wird uns diese vernünftige Taktik auch erhalten.

Im Moment, wo die französischen Genossen sie auch für sich annehmen, wird es mit ihrer „Zerfahrenheit" ein Ende haben. C.

— Die Umdrehung der Moral und des Rechts, wie die heutigen Gesellschafts- und Staatsverhältnisse sie mit sich bringen, hat zu ihrer nothwendigen Ergänzung auch die Umdrehung des Ehrbegriffs. Ein Denunziant ist ein Schuft, ein ehrloser Bube — so urtheilt jeder ehrliche Mensch, der Ehrgefühl im Leibe hat. Falsch! sagt der Vertreter der heutigen Weltordnung, nenne er sich Staatsanwalt, Offizier oder Minister — falsch! das Denunziren ist nicht blos eine verdienstliche Handlung, es ist eine Pflicht, und zwar eine Pflicht, deren Erfüllung um so mehr Ehre macht, als das gemeine Vorurtheil sich gegen sie auflehnt und ihre Ausübung daher erschwert. In dem Nachspiel welches der bekannte Prozeß gegen den fortschrittlichen Abgeordneten Richter-Mühlräditz soeben vor den schlesischen Gerichten gehabt hat, nahm die Staatsanwaltschaft mit wünschenswerther Entschiedenheit diesen Standpunkt ein. Herr Richter war bekanntlich während der Wahlbewegung des Jahres 1881 von irgend einem beliebigen konservativen Hallunken, der den Sieg des fortschrittlichen Kandidaten verhindern wollte, wegen einer angeblich fünf Jahre vorher verübten sogenannten Majestätsbeleidigung denunzirt worden. Die Majestätsbeleidigung wurde auch glücklich vermittelst etlicher Eide gerichtlich festgestellt, und Richter mußte — nachdem der Prozeß durch den Reichstag eine Zeit lang sistirt gewesen war — im Sommer vorigen Jahres auf sechs Monate ins Gefängniß — nach Plötzensee — wandern. Von der feigen Fortschrittspartei war er dabei, wie wir seinerzeit mittheilten, schmählich im Stich gelassen worden: sie gab ihn vollständig preis und stellte ihn auch bei der letzten Reichstagswahl nicht wieder auf. Aber seine persönlichen Freunde hielten ihn fest, und als er am 3. Dezember vorigen Jahres aus dem Gefängniß entlassen ward, bereiteten sie ihm einen herzlichen Willkomm, und bei dieser Gelegenheit sprach die „Breslauer Morgenzeitung" in einem Referat von einer „verruchten Denunziation", deren Opfer Richter geworden. Durch dieses Referat fühlte sich der Denunziant, Amtssekretär Jäckel in Mühlräditz — den Namen des Burschen muß man sich merken — beleidigt, er stellte gegen den Redakteur der „Morgenzeitung" Strafantrag, und die Staatsanwaltschaft ging gegen den Angeklagten auch scharf ins Zeug; der Staatsanwalt — leider ist er bis dato anonym geblieben — erklärte: der Denunziant habe sich wohl verdient gemacht nicht blos um das Vaterland, sondern auch um die Fortschrittspartei, der er Gelegenheit gegeben, sich von einem unsaubern Element zu reinigen! Er beantragte 400 Mark Strafe. Der Gerichtshof erkannte nur auf 100 Mark. Der Herr Jäckel, Amtssekretär in Mühlräditz, der sich nach staatsanwaltschaftlichem Ehrbegriff „um das Vaterland wohl verdient gemacht hat", ist und bleibt aber nach dem Ehrbegriff aller ehrlichen Leute ein Schuft.

— Die Reaktionspresse müht sich jetzt im Schweiß ihres Angesichtes ab, den Beweis zu liefern, daß der Rumpfstödter — ob nun Lieske oder ein Anderer, gleichviel — doch eigentlich aus dem Sumpfe der Sozialdemokratie hervorgewachsen sei, und also an unseren Rockschößen hänge. Nun, wir haben keine Lust, diesen Burschen beweisen zu wollen, daß sie der Wahrheit und dem gesunden Menschenverstand frech ins Gesicht schlagen — das weiß das Gesindel, ohne daß wir es ihm zu sagen brauchen. Uns kommt es nur darauf an, den Rumpfstödter an die richtigen Rockschöße zu hängen, oder besser ausgedrückt, die Rockschöße zu zeigen, an denen er wirklich hängt. Und das sind, wie Liebknecht bei der letzten Debatte über den Belagerungszustand dem Herrn Puttkamer zurief: Die Rockschöße der Herren Puttkamer, Bismarck und Genossen — kurz, der Urheber des Sozialistengesetzes. Diesen Herren werden wir nicht erlauben, die Verantwortlichkeit für die von ihnen provozirten Verbrechen von sich abzuschütteln. Wir wiederholen, was wir gleich nach der Frankfurter That sagten: Wer für den Rumpf verantwortlich, ist auch für den Rumpfstödter verantwortlich!

— Es geht vorwärts! Wir lesen in der „New Yorker Volks-Zeitung":

„Der letzte (siebente) Jahresbericht des statistischen Bureaus von New-Jersey enthält diesmal die große Zahl von 3794 Antworten von Lohnarbeitern auf die Fragen, welche ihre Lebenslage und ihre Wünsche betreffs Verbesserung derselben sind. Diese Antworten sind nach Orten und Geschäftszweigen abgesondert mitgetheilt. Ist es nun schon ein großer Fortschritt, daß so viele Lohnarbeiter überhaupt die Fragebogen des Bureaus beantwortet haben, während in den ersten Jahren nach Errichtung des Bureaus nur wenig über 1000 Empfänger dieselben beantwortet hatten: so ist der Fortschritt in der Erkenntniß der Antwortenden betreffs ihrer Klassenlage noch erfreulicher.

Eine im Verhältniß viel größere Anzahl der Antwortenden als früher findet, daß die Organisation der Arbeiter das Meiste beigetragen hat, ihre Lage zu verbessern, wo sie verbessert worden ist, und daß sie nöthig sei, um dieselbe auch künftig noch weit mehr zu verbessern. „Organisation hat viel für uns gethan." „Intelligente Organisation ist die Ursache unserer Fortschritte." „Ich bemerke, daß diejenigen, welche das größte Interesse an ihrer Organisation nehmen, sich am schnellsten verbessern." „Wenn alle Arbeiter sich in eine große Organisation verbinden wollten, würde ihre Gewalt, sowohl politisch wie sozial, viel größer sein." „Wir wollen die Organisation aller Handwerke." „Wir sind der Organisation viel schuldig und verbessern uns," — so lautet dieselbe Ansicht in Hunderten von Variationen. Ungefähr ebenso zahlreich sind die Bemerkungen, daß Achtstunden-Arbeit das wichtigste Mittel zur Verbesserung der Arbeiterlage sei. „Wir verlangen acht Stunden als ein Tagwerk und nicht mehr." „Ein Achtstundengesetz würde die faulen Zeiten (Sauregurkenzeit) abkürzen." „Ein Achtstundengesetz her!" „Acht Stunden per Tag und bessere Löhne würden uns Gelegenheit zur Verbesserung geben." Und so fort in allen möglichen Wendungen. Dann folgen an Häufigkeit in der Reihe der Forderungen Abschaffung der Kinder- und Beschränkung der Frauenarbeit — die letztere meist mit der anderen verbunden, daß die Löhne der Frauen gleich hoch wie die der Männer sein sollten. Mehrfach kehrt die Bemerkung wieder: „Was wir wollen, ist Gerechtigkeit, keine Philanthropie." „Lohnarbeit ist im besten Falle Sklaverei."

Die Forderung des Verbotes des Imports fremder Lohnarbeiter ist äußerst stark vertreten, woraus hervorgeht, daß auch im Staate New-Jersey die Italiener, Slowaken und Polen den Eingeborenen argen Mitbewerb machen. Sehr häufig erscheint die Forderung des Schulzwanges bis zum vollendeten 14. Jahre, der allgemeinen Einführung von Abendschulen, technischen Schulen und freier Volksbüchereien. Der Mangel an Intelligenz unter den Lohnarbeitern, besonders aber unter ihren Frauen, wird sehr allgemein beklagt. Als Grund der Nothwendigkeit eines verkürzten Werktags wird angeführt, daß jetzt in acht Stunden so viel oder mehr geleistet wird als früher in zwölf oder mehr. „Handwerker erhalten nicht einen gerechten Antheil an den Vortheilen, welche der verbesserten Maschinerie entstammen." Merkwürdig viele Antwortende verlangen Zwangsgesetze gegen den Verkauf geistiger Getränke; doch wird häufig zugestanden, daß überall, wo die Lebenslage verbessert worden sei, die Nüchternheit sehr zugenommen habe!"

— Aus einem süddeutschen Luxusbade wird uns geschrieben: „Wenn ich hier längere Zeit aushalten müßte, würde ich das Gallenfieber bekommen. Es ist wahrhaftig nicht mitanzusehen, wie die Ausbeutersippe es versteht, das dem Volke geraubte Geld zu verprassen. Hier fließen wöchentlich tausende von Mark in die Taschen der reichen Hoteliers, bis der faule Leib gemästet ist, während zu Hause die Untergebenen mit wahren Hungerlöhnen abgespeist werden.

Ich könnte hunderterlei der gemeinsten Streiche anführen, welche diese Bauernfänger hier verüben, aber ich würde mich zu sehr dabei aufregen. Wann endlich kommen die Arbeiter zu der Ueberzeugung, daß sie es sind, welche alles Gut und Geld schaffen und dabei in bitterster Noth leben!

## Korrespondenzen.

**Elbing,** 29. Juni. Vergangene Woche fand hier eine große Volksversammlung statt, in welcher Genosse Godau aus Königsberg über die Lage der Arbeiter referirte. Trotzdem das Stattfinden der Versammlung nur durch einige kleine Plakate und, eines Versehens halber, in keiner Zeitung bekannt gemacht war, war der ziemlich große Saal im Kaisergarten bis auf den letzten Platz gefüllt. Schaarenweise waren die Arbeiter erschienen, um das Evangelium des Sozialismus zu hören, und der Beifall, welcher dem Redner schon während seines Vortrages und besonders am Schlusse desselben gespendet wurde, bewies, daß seine Worte zum Herzen gedrungen waren. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Auf den anderthalbstündigen Vortrag selber einzugehen, wäre überflüssig, nur bemerken will ich, daß Genosse Godau in richtiger Würdigung der Elbinger Verhältnisse vornehmlich bemüht war, den Boden für den Sozialismus zu ebnen, indem er das ganze heutige Wirthschaftssystem in seinen Konsequenzen zergliederte und kritisirte. Auf die verschiedenen politischen Parteien übergehend, bewies Redner den Zuhörern, wie sich die Parteien aus Klassen entwickelt haben und nichts weiter als Klassenvertretungen seien. „Uns Arbeitern und unserer Partei, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, sind alle andern Parteien nur eine reaktionäre Masse," dieses betonte Redner ganz besonders und ermahnte die Arbeiter, dieser Thatsache stets eingedenk zu sein, wenn andere Parteien mit Versprechungen an sie herantreten würden, welche auf den ersten Anblick etwas Verlockendes haben.

Der Gesammteindruck, den die Versammlung und ihr Verlauf machte, war eben der, daß auch in Elbing ein günstiger Boden für den Sozialismus vorhanden ist; die Vorbedingungen sind eben überall dieselben, der Boden ist überall gut, es fehlt nur hin und her der Säemann, ihn zu bearbeiten. — Genosse Godau hat uns das Versprechen gegeben, daß, bis sich hier genügend Kräfte entwickelt haben, die Königsberger Genossen dafür sorgen werden, daß die Bewegung in Elbing und in der Provinz in Fluß kommt.

**Limbach** in Sachsen. Da wir das Parteiorgan noch nie recht in Anspruch genommen, so sei es mir erlaubt, die sozialen und wirthschaftlichen Verhältnisse in unserer industriereichen Stadt etwas näher zu beleuchten. Was die Industrie betrifft (es werden namentlich Handschuhe und Strümpfe fabrizirt), so wird genau die Bismarck'sche Theorie befolgt: die Arbeiter sind gezwungen, Tag und Nacht und einen Theil vom Sonntag zu arbeiten, wenn sie sich nur einigermaßen menschlich ernähren wollen. Natürlich kümmert es die Herren Fabrikanten nichts, wenn sich die Arbeiter für einen Spottlohn von früh bis Abends abschinden; wenn ihnen nur reichlich Geld in die Tasche fließt. Der Großbetrieb greift immer mehr um sich, die Fabriken wachsen jetzt wie Pilze aus der Erde. Wohin aber diese hastige Art und Weise, wohin derartiges Arbeiten führt, hat sich bald gezeigt, denn wir haben jetzt Geschäftsstockung über Geschäftsstockung; trotzdem sind die Fabrikanten fast durch die Bank wüthende Gegner jedes Normalarbeitstages, weil sie eben fürchten, selbiger schädige ihre Ausbeuterherrlichkeit.

Wollen nun die Arbeiter solchen Zuständen gegenüber einigermaßen Stellung nehmen, so ist sofort der Büttel des Kapitals, die hohe Polizei, zur Stelle und legt ihnen, wo es nur angeht, Steine in den Weg. Vor Jahresfrist wurde hier ein Fachverein der Manufakturarbeiter gegründet, nach kurzem Bestehen ward er vom Stadtrath wieder aufgelöst und der Vorstand noch obendrein mit zirka 100 Mark Strafe wegen angeblichen Vergehens gegen das Vereinsgesetz belegt, was wir in erster Linie unserem hochpatriotischen, vor Bismarck und Kompagnie sich im Staub windenden Bezirkshauptmann verdanken. Dieser Held ist einer der eifrigsten Sozialistentödter und -fresser im ganzen Umkreis, hat aber bis dato stets das Gegentheil von dem bewirkt, was er wollte. Er sieht eben nicht ein, daß er mit all seinen Maßnahmen, als da sind: Haussuchungen, Auflösung von Vereinen, Vertreibung aus Vereinslokalen 2c. nur die Aufmerksamkeit von Leuten auf uns lenkt, die früher uns fern standen, und somit für uns Propaganda macht, was sich auch beim letzten Wahlgang ganz deutlich gezeigt hat. Was dieser Musterbeamte überhaupt für ein Mensch ist, erhellt daraus, daß seit seinem zweijährigen Hiersein die Schutzleute, Nachtwächter, Straßenmeister und alle sonstige städtische Beamten fortwährend wechseln, weil eben nach ihrer Aussage die Chikanirung von ihm eine zu tolle und unverschämte ist. Auch maßt sich der Herr an, von Politik etwas zu verstehen, das Gewäsch aber (wahrscheinlich ein Abschreibsel aus einem Reptilienblatt), welches er in einer öffentlichen Versammlung im kaufmännischen Verein über „soziale Reformen der Neuzeit" vor zirka 40 Mann zum Besten gab, hat just das Gegentheil bewiesen; was da gesagt wurde, hat sich jeder denkende Arbeiter schon längst an den Schuhsohlen abgelaufen. Doch genug von diesem Herrn; der Raum dieses Blattes ist doch zu kostbar für ihn.

Was hier die Verhältnisse der Partei betrifft, so sind dieselben als ziemlich gute zu bezeichnen, trotzdem es hier und da noch nicht so ist wie es sein sollte und sein könnte. Indeß der Ausdauer und dem einmüthigen Vorgehen der hiesigen Genossen wird es gelingen, alle Schwierigkeiten zu überwinden. Der Boden für unsere Partei gestaltet sich zusehends besser, namentlich infolge der Wirkungen der sogenannten Bismarck'schen Sozial Reform, eigentlich Sozial-Pfuscherei, à la Krankengesetz u. s. w. In erster Linie haben wir natürlich das stete Wachsthum unserer Partei, genau wie an andern Orten, der höheren Behörde und den Fabrikpaschas zu danken, denn es fehlt in den hiesigen Fabriken an den aufreizenden Bestrafungen, Lohnabzügen, Arbeitsentlassungen wegen Uebertretung der Fabrikordnungen 2c., wahrhaftig nicht.

Als Beweis, wie kühl sich unser Bürger- und Arbeiterstand gewissen Volksverdummungsaktionen gegenüber verhält, mag folgende Thatsache dienen. Für die famose Reichsbettelei des großen Otto, genannt Fürst Reichskanzler, sollte eine Extravorstellung im hiesigen Theater stattfinden, und zwar waren die sonst tarifmäßigen Preise, zur Lockung des Publikums, auch noch um ein Viertel ermäßigt; aber zum Schreck fand statt der erhofften Massenbetheiligung — da fast bei jeder gewöhnlichen Vorstellung das Theater überfüllt war — Massenenthaltung statt. Es waren erschienen: das vollständige Musikchor, und genau gezählt 25 Mann, in erster Linie die oberste Elite unserer Stadt, der Rest meistentheils Weiber, weshalb zum Leide der Anstifter, ob der Direktion, will ich dahingestellt sein lassen, die Vorstellung nicht stattfinden konnte, und die verblüfften Besucher ihr Geld wieder zurückerhielten. Natürlich wurde die Blamage und der Reinfall der Otto-Verehrer vom hiesigen „Tageblatt" vollkommen verschwiegen, wäre aber ein Reinertrag erzielt worden, so wäre selbstverständlich die Sache so hoch wie möglich aufgebauscht worden, und die Philister wären ob ihres günstigen Erfolges einander wonnetrunken in die Arme gefallen.

Zum Schluß noch eine Ermahnung. Genossen! Lassen wir es an Agitation und Aufklärung nicht fehlen, wo es auch nur sein mag, denn es muß sich jeder Genosse zur Pflicht machen, unsere Ideen bei jeder Gelegenheit der großen Masse des Volkes immer tiefer einzuprägen, um unsere Gegner immer mehr und mehr mit Hülfe der Wissenschaft und der modernen Entwicklung aus dem Felde zu schlagen.

**Eßlingen.** Wir haben den Fortgang zweier wackerer Genossen zu beklagen, nämlich der Genossen Georg Westermaier und Franz Siegle. Ersterer wanderte nach Brasilien (Porto-Alegre) aus, Letzterer sucht sich in Europa eine anderweitige bessere Heimat. Wer die Beiden kannte, wird wissen, welche Kraft wir an denselben verloren haben. Wie sie mit Muth und Ausdauer in den Kampf gegen die kapitalistische Macht eingetreten sind, beweist ihre Thätigkeit bei der letzten Reichstagswahl. Wir rufen ihnen noch ein letztes Lebewohl zu, mit der Mahnung, wenn auch weit von uns, doch der Brüder in Deutschland eingedenk zu bleiben, und für die Emanzipation des Proletariats unentwegt weiter zu kämpfen.

Die Genossen des V. württembergischen Wahlkreises.

## Aufruf.

**London,** Juli 1885. Wir wenden uns heute an unsere Gesinnungsgenossen allerorts, ihre Unterstützung zu erbitten für einen der thätigsten Vorarbeiter für Verbreitung sozialistischer Prinzipien unter der englischen Arbeiterschaft. Zwar ist der Name des Tischler Adam Weiler weniger in die Oeffentlichkeit gedrungen, weil Weiler selten oder nie eine offizielle Stellung bekleidete, er war aber doch gerade derjenige, welcher es stets am besten verstand, die Massen zu gewinnen und, ohne seinen sozialistischen Prinzipien Eintrag zu thun, sich in den verschiedensten Arbeitervereinen Einfluß zu verschaffen, sowie den Boden zu bearbeiten für sozialistische Organisation und Propaganda.

Schon von Gründung der Internationale an thätig, und sich stets das kommunistische Manifest als Richtschnur nehmend, bekämpfte Weiler mit Erfolg alle föderalistischen, bakunistischen oder anarchistischen Bestrebungen in England. Wir verdanken es in großem Maße seinem unermüdlichen Wirken und seiner Ueberzeugungstreue, daß wir jetzt hier London den Kern einer wissenschaftlich sozialistischen Arbeiterpartei besitzen.

Auf dem Trades-Union-Kongreß in Bristol wirkte Weiler unter lebhafter Aufnahme für einen gesetzlichen Normalarbeitstag, vom rein sozialistischen Standpunkte aus; auf einem späteren Kongresse für die Nationalisirung des Grund und Bodens, und wiederum akzeptirte ein später Kongreß eine von Weiler eingebrachte Resolution, dahingehend, ein gesetzlichen Normalarbeitstag von acht Stunden zu verlangen für die Arbeiter in Staatswerkstätten und für die Arbeiter solcher kapitalistischen Gesellschaften, die staatlicher Genehmigung bedürfen, wie Eisenbahnen u. s. w.

Durch zehnmonatliche Krankheit ist Adam Weiler nun mit seiner Familie in die Lage versetzt, die Unterstützung seiner Mitarbeiter anzunehmen, oder der gewöhnlichen Hülfe, welche eine kapitalistische Gesellschaftsordnung dem abgerackerten Lohnsklaven zukommen läßt, anheimzufallen.

Das Letztere eintreten zu lassen, wäre eine Solidaritätsverletzung der sozialistisch gesinnten Arbeiter, es ist daher auch schon seit einiger Zeit ein Komite thätig, welches, durch verschiedene Umstände veranlaßt, erst heute das Parteiorgan in Anspruch nimmt, um unseren Genossen in Deutschland und im Ausland Gelegenheit zu geben, einem so thätigen Vorarbeiter für die sozialistische Agitation die nöthige Anerkennung zukommen zu lassen.

Für das Komite: M. Enderich.
N.W. London, Kilburn Park Road 191.

Wir können dieses Gesuch nur aufs Wärmste unterstützen. Unter den Unterzeichnern des uns eingesandten Aufrufes finden wir nicht nur die Mitglieder des Londoner Gewerkschaftsrathes (Zentralkomite der Londoner Gewerkschaften), die Komites der verschiedenen Branchen der Holzarbeiter, Mitglieder beider Richtungen der englischen Sozialdemokratie, sondern auch die unter deutschen Genossen wohlbekannten Namen Fr. Engels, F. Lessner, C. Hoffmann, H. Rackow, C. Varenholz 2c. 2c. Weiler, der unter den schwierigsten Umständen seine ganze Kraft aufgeopfert, genießt die Achtung Aller, die ihn kennen gelernt und wirken gesehen. Wir ersuchen alle diejenigen, die für einen wirklich verdienten Genossen noch etwas übrig haben, das ihrige zu thun, und erklären uns zur Vermittlung von Beiträgen gern bereit.

Die Redaktion und Administration
des „Sozialdemokrat".

## Aufforderung.

Die Glasergehülfen in Zürich stehen mit den Arbeitgebern in Unterhandlung betreffs Einführung eines einheitlichen Lohntarifs und einer zehnstündigen Arbeitszeit. Wir fordern die Kollegen allerorts auf, **Zuzug fernzuhalten.**

Der Glaserfachverein in Zürich.

## Erklärung.

Auf die Aufforderung in Nr. 28 des „Sozialdemokrat" erklären wir, daß der Sattler Emil Brachwitz aus Potsdam (Ausgewiesener aus Berlin) sich bereit erklärt hat, seinen im Dortmunder Wahlkreis in parteigenössischem Vertrauen eingegangenen Privatverpflichtungen nachkommen zu wollen.

Die Dortmunder Genossen.

## Partei-Archiv.

Für das Partei-Archiv gingen ein:

Von Schulze, Dresden: 1 H. B. Oppenheim, Vermischte Schriften.
1 Verhandlungen der konstituirenden Versammlung für Preußen Bd. VII.
1 Indiskretionen. Bd. I.
1 Rußlands soziale Gegenwart.
1 Reden und Trinksprüche Friedrich Wilhelm IV. von Preußen.
1 Sozialismus und Christenthum. Aus dem Dänischen.
1 Etienne Vacherot, La Démocratie.
6 diverse Hefte Rochefort, La Lanterne.
„ „ „ „ Le Diable à quatre.
1 Proudhon, De la justice dans la Révolution et dans l'Eglise. Lieferung 2—12.
„ A. Neumann, Elberfeld: 1 Aktenstück (Anklageschrift).
„ J. W. Sch., Unterstraß: 1 A. Clement, Die Weltlehre des Gottthums. Theil 1—3.
1 Neues Testament. (Kommunistisch-religiöse Abhandlungen.)

Um weitere Einsendungen ersucht

Die Archivverwaltung.

## Briefkasten

der Redaktion: F. Pttg. in Brdbg., Gen. von Chemnitz: In nächster Nummer.

der Expedition: Catilina: Fr. — 50 f. Schst. erh. — Bl. Ofn.: Mk. 10 — Ab. 3. Qu. 2c. erh. — Dr. Hj. De. Stkhlm.: Fr. 2 50 Ab. 3. Qu. erh. — Hanau: Mk. 100 — pr. Ufds. dkd. verwendet. — Claudius: In Bst. 29 quitt. Mk. 100 — nach Vorschrift verw. Adr. 2c. geordnet. Bst. Weiteres. — Rother Peter: Bf. v. 15./7. erh. Beil. besorgt. — J. L. Mz.: Mk. — 70 f. Schst. erh. Bstllg. war bereits unterwegs. — Jos. Strauß N.-York: Fr. 50 65 à Cto. erh. — Kz. Stttg. Mk. 8 60 2 Ab. 3. Qu. W. u. Sch. erh. — F. W. postlg. Hg.: Mk. — 50 f. 1 Expl. erh. — Berrina: Mk. 19 30 Ab. 3. Qu. erh. Bst. mehr. — F. Stk. St. Gall.: Fr. 2 10 Ab. 3. Qu. erh. Bf. abgg. — A. Leseh. Lausanne: Fr. 23 50 Ab. 3. Qu. u. Schst. erh. Bstllg. fort. — J. M. Zug: Fr. 9 35 pr. Mr. à Cto. Ab. erh. u. gutgebr. — M. Schl. Bst. Mk. 5 — pr. Ab. 3. Qu. u. à Cto. 4 gutgebr. — H. M. W.: 5 Mk. 1 80 Ab. 3. Qu. pr. Mz. erh. — Dr. H. Br. Pontr.: Fr. 4 50 Ab. 3. u. 4. Qu. erh. 65 Cts. f. N. Z. 7 a. d. Bbhdlg. bez. — C. L. Stgu. Mk. 3 — Ab. 3. Qu. erh. — Rother Exekutor: Mk 35 01 Ab. u. Schst. erh. Bst. Weiteres. — Schneekoppe: Mk. 21 — Ab. 3. Qu. u. Schst. erh. Bstllg. u. Adr. besorgt. — Panzerschiff: Adr. v. 17./7. hier u. eingereiht. — v. d. Eider: Mk. 25 — à Cto. gutgebr. Bstllg. 2c. folgt. — J. H.: Mk. 150 — Ab. 2. Qu. gutgbr. Weiteres besorgt. Bst. mehr Gb. berichtete allerdings derart. — Der Alte v. Berge: Fr. 11 04 Ab. 3. Qu. R. T. Sch. erh. — Sauhirt: Mk. 20 — à Cto. Ab. 3. Qu. 2c. erh. Adr. 2c. vorgem. — †††himmel— —: Sdg. am 18. erh. Rbg. hat endlich sich herbeigelassen. Sch. 2c. besorgt u. notirt. — „Ausnahmsweise vernünftig" — geschrieben oder gelesen? Möchte wissen für künftig, was von Beidem der Fall gewesen. — Die Rothen i. H. H.: Mk. 60 — à Cto. erh. Weiteres erwartet. — Rothe Erde 671: Mk. 3 — Ab. 3. Qu. erh. — W. Gflg. Silistr.: Fr. 2 90 Ab. 3. Qu. u. Schst. erh., Fr. 2 10 pr. Agfds. dkd. verw. Meineidspfäffisches existirt nicht i. Separatabdruck. — v. E. Enge: Fr. 2 — Ab. 3. Qu. erh. — J. G. Sch.: Fr. 2 — Ab. 3. Qu. erh. —

## An unsere Korrespondenten.

Wir bitten in jedem Brief u. s. w. stets deutlich anzugeben, welche Briefe, Sendungen u. s. w. bis zu Abgang eingetroffen waren. Bei Adreßänderungen, Adreßlöschungen und dergleichen ist unbedingt Vorkehrung zu treffen, etwa Laufendes in sichere Hand zu leiten. Alle Adreßmeldungen bitten wir in Deutsch- und Lateinschrift (behufs Kontrole) deutlichst zu schreiben.

Deckadressaten oder deren Angehörige sind zur Ablieferung sofort nach Empfangnahme strengstens anzuhalten.

Mittheilungen als Beilage für die Redaktion wollen man stets auf ein besonderes Blatt Papier geschrieben beilegen.

Schweizerische Genossenschaftsbuchdruckerei in Hottingen-Zürich.